SRG SSR Wahlbarometer

Studienbericht

Oktober 2022

SOTOMO

1 Aktuelle Wahlabsicht 3

1.1 Grüne im Minus – Grünliberale im Plus 3
1.2 Trendwende bei der FDP 5
1.3 Parteileitung und politische Ausrichtung 7
1.4 Wählerwanderungen: Häufigste Bewegungen und Motive 10
1.5 Faktoren für den Wahlentscheid 12

2 Themen und Herausforderungen 16

2.1 Der Krieg und seine (indirekten) Folgen 16
2.2 Soziale Themen rücken in den Fokus 19
2.3 Parteien: Herausforderungen und Defizite 21
2.4 Fokus: Umgang der Parteien mit dem Krieg in der Ukraine 25

3 Einschätzung von Bundesrat und Parlament 27

3.1 Ausrichtung der Räte 27
3.2 Bundesrat: Einfluss-Rating 32
3.3 Bundesrat: Sympathie-Rating 36

4 Profil der Wählenden 38

4.1 Demographie: Geschlecht und Alter 38
4.2 Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen 40
4.3 Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Achse 43

5 Datenerhebung und Methode 45

IMPRESSUM

SRG SSR Wahlbarometer, 10/2022

Auftrag: SRG SSR

Ausführung: Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich.

Projektteam: Michael Hermann, Sarah Bütikofer, David Krähenbühl

Aktuelle Wahlabsicht

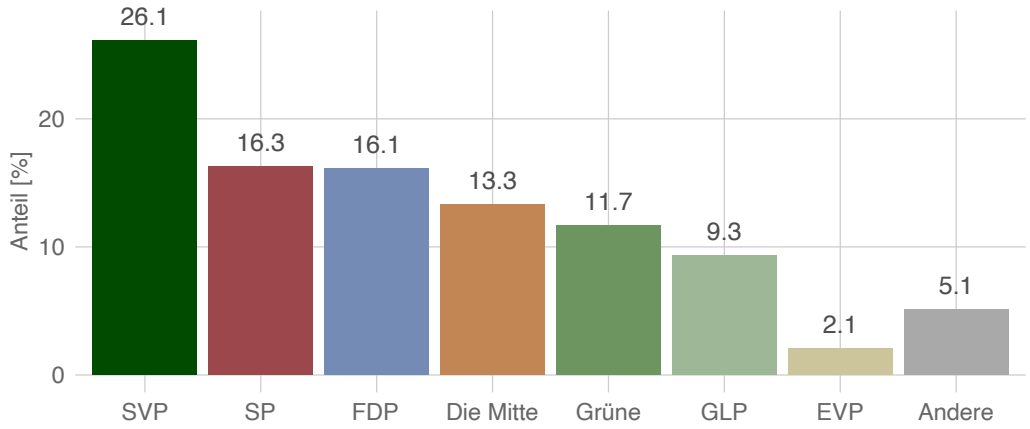
Das SRG Wahlbarometer zeigt die Wahlabsicht der Schweizer Stimmbevölkerung ein Jahr vor den nationalen Wahlen. Die Datenerhebung erfolgte online zwischen dem 26. September und dem 7. Oktober 2022 auf Basis des Sotomo-Adresspanels sowie über die Online-Kanäle der SRG. Die Ergebnisse der Umfrage basieren auf 21‘038 gültigen Teilnahmen und sind repräsentativ für die aktive Stimmbevölkerung der Schweiz.

1.1. GRÜNE IM MINUS – GRÜNLIBERALE IM PLUS

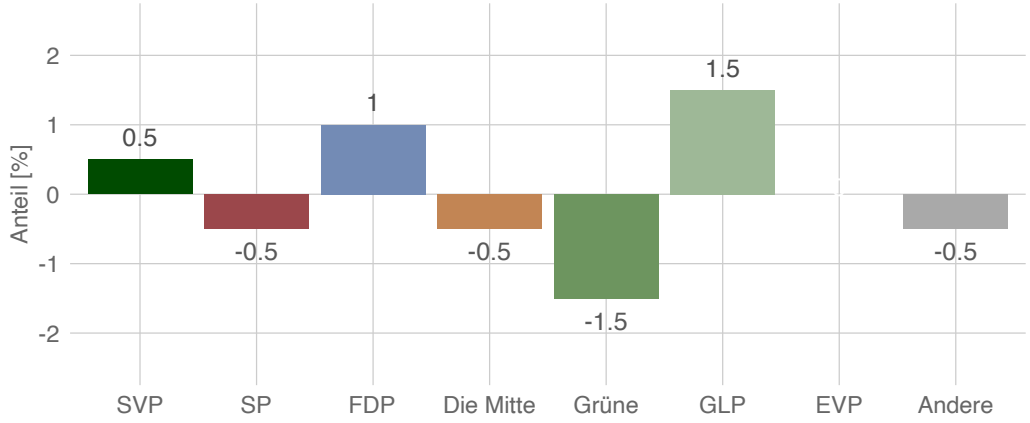
Trotz bewegter Zeiten bleibt die Schweizer Parteienlandschaft im Vergleich zu den letzten eidgenössischen Wahlen 2019 bemerkenswert stabil. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die drohende Energie-Mangellage haben bislang zu keinen markanten Veränderungen in den Wahlabsichten geführt. Nur bei zwei der sechs grösseren Parteien bestehen aktuell Veränderungen im Wähleranteil von mehr als einem Prozentpunkt. Der grösste Zuwachs an Wählerinnen und Wählern können zurzeit die Grünliberalen mit 1,5 Prozentpunkten verbuchen. Den grössten Verlust müssten dagegen die Grünen mit 1,5 Prozentpunkten hinnehmen. Damit neutralisiert sich die grüne Welle gewissermassen selbst. Während die Grünliberalen nach ihrem Wahlerfolg 2019 momentan weiter zulegen, können die Grünen nicht mehr ganz an ihr damaliges Sensationsergeb-

nis anknüpfen. Dennoch bleiben Grünliberalen im erwarteten Wähleranteil 2,4 Prozentpunkte hinter den Grünen zurück.

Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht (Abb. 1)



Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2019 (Abb. 2)



Wenn heute bereits Wahlen wären, würden die Parteien des liberalen Spektrums (GLP und FDP) den grössten Zuwachs erzielen mit einem summierten Plus von 2,5 Prozentpunkten. Mit einem Zuwachs von einem Wählerprozent rückt die FDP bzgl. Wähleranteil zur SP auf, die sich weitgehend stabilisieren konnte (-0.5). Mehr oder weniger stabil sind gemäss aktueller Wahlabsicht auch die Wähleranteile der SVP (+0,5), der Mitte (-0.5) sowie der EVP (keine Veränderung). Insgesamt gilt es zu berücksichtigen, dass die Schätzgenauigkeit dieser Umfrage einer Zu-

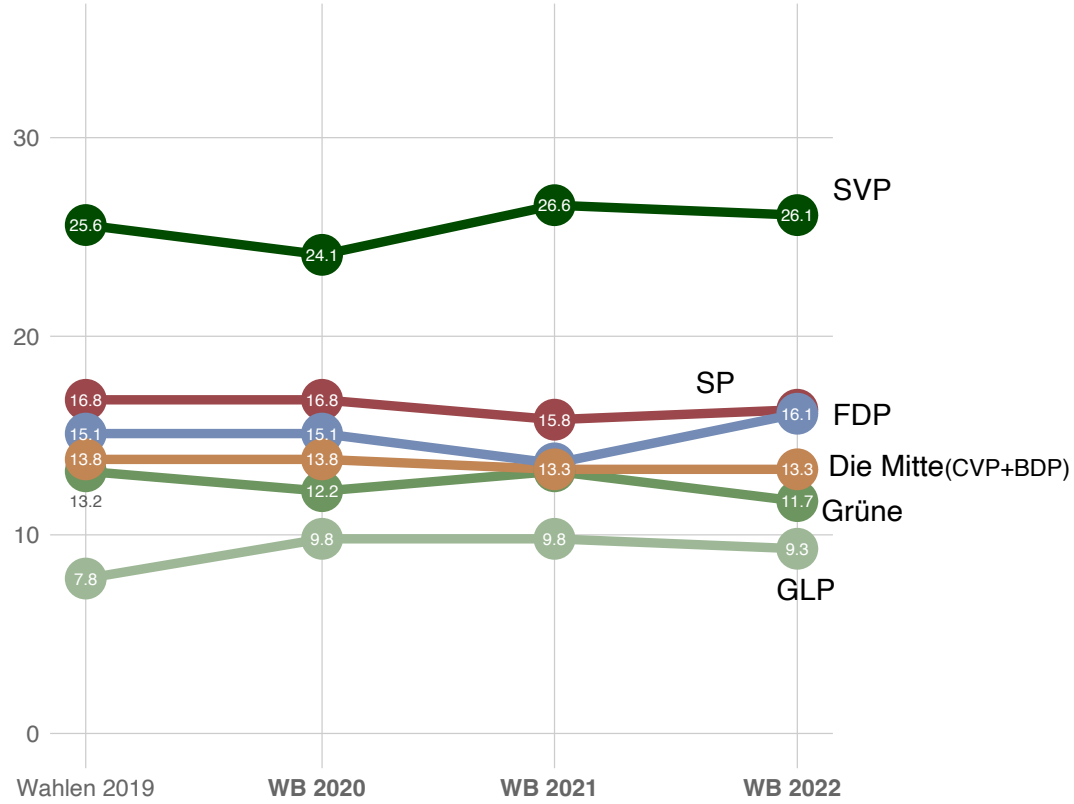
fallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,3 Prozentpunkten entspricht.

1.2. TRENDWENDE BEI DER FDP

Die grösste Veränderung in der Wahlabsicht findet sich bei der FDP. Im Vergleich zum letzten Wahlbarometer vom Oktober 2021 ist der erwartete Wähleranteil der FDP von 13,6 auf 16,1 Prozent gestiegen. Vor einem Jahr wurde die Partei vom unerwarteten Rücktritt von Parteipräsidentin Petra Gössi erschüttert. Bei der Abstimmung zum CO2-Gesetz ging ein Riss durch die Partei ebenso wie beim Umgang mit den Corona-Lockdown-Massnahmen. Mit der Wahl von Thierry Burkart zum neuen Parteipräsidenten scheint sich die Situation stabilisiert zu haben.

Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Abb. 3)

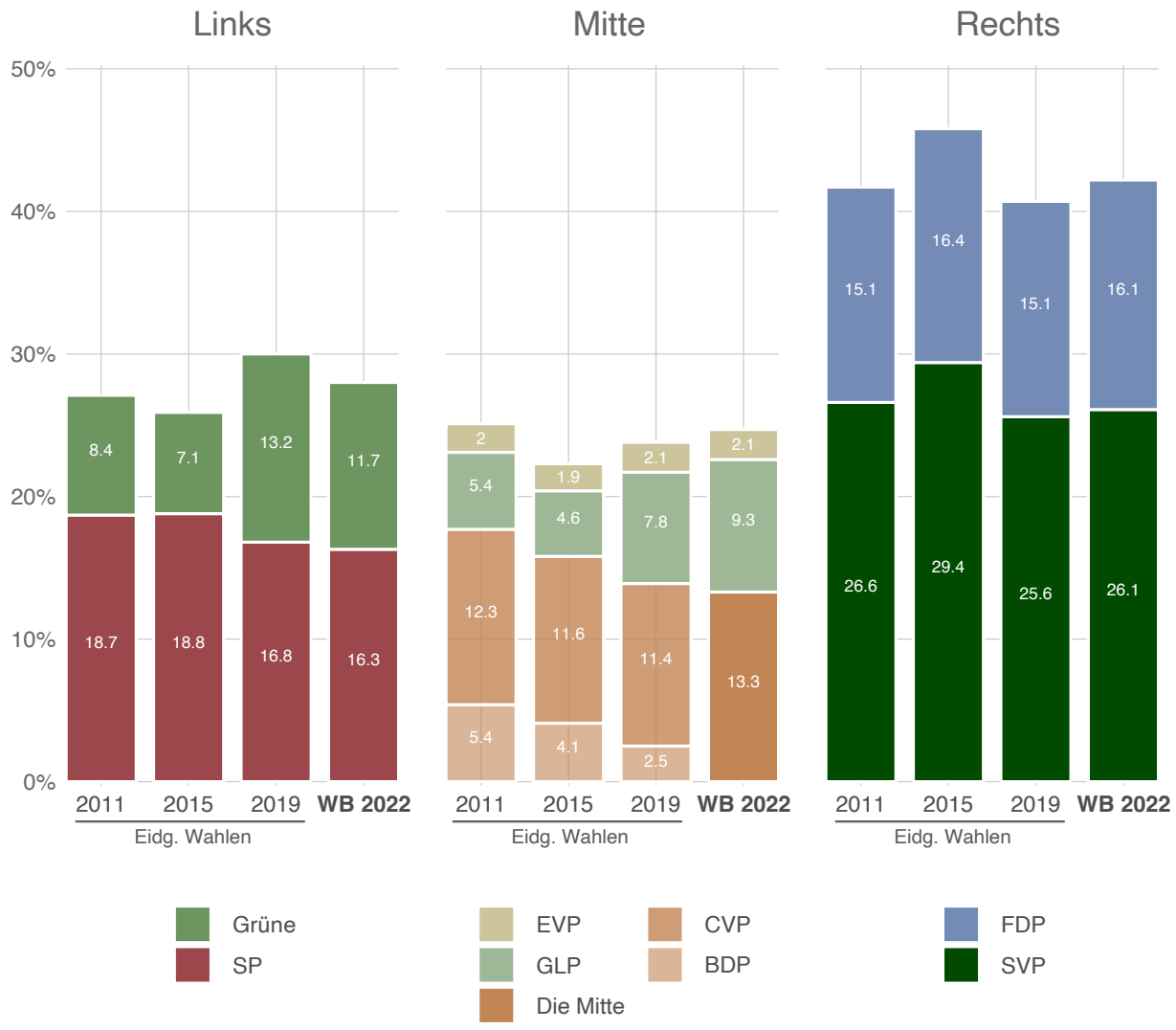
Nationalratswahlen 2019, SRG Wahlbarometer 2020, SRG Wahlbarometer 2021, SRG Wahlbarometer 2022



Eine grössere Verschiebung findet sich auch bei den Grünen. Diese sind im Vergleich zur Vorjahrserhebung von 13,2 auf 11,7 Prozent gefallen. Damit würden sie immer noch das zweitbeste Resultat in ihrer Geschichte erreichen. Dennoch scheint trotz Hitzesommer 2022 und Energiekrise die grüne Dynamik an Schwung zu verlieren.

Entwicklung der nationalen Wähleranteile – politische Blöcke (Abb. 4)

Nationalratswahlen 2011, Nationalratswahlen 2015, Nationalratswahlen 2019, SRG Wahlbarometer 2022



Veränderungen bei den Wähleranteilen der Parteien sind vor allem dann relevant, wenn sie zu Verschiebungen zwischen den politischen Lagern führen. Wie Abbildung 4 zeigt, ver-

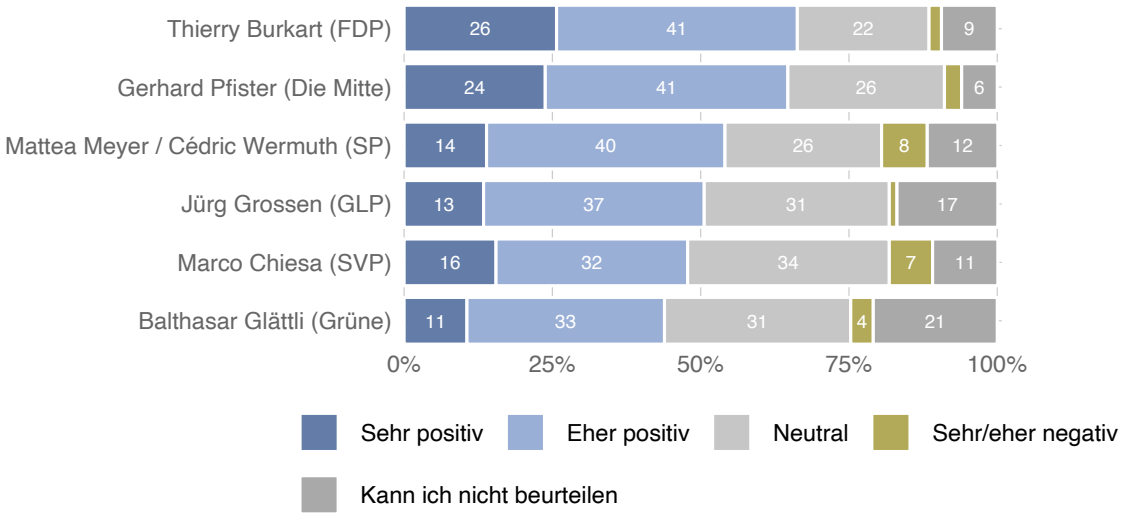
liert das rotgrüne Lager aktuell 2 Prozentpunkte im Vergleich zu den Wahlen 2019. Die Parteien rechts der Mitte (SVP und FDP) gewinnen 1,5 Prozentpunkte. Nach dem für Schweizer Verhältnisse markante Linksrutsch von 2019 scheint das Pendel wieder zurückzuschlagen. Allerdings zeichnet sich gegenwärtig nur eine halber Rechtsrutsch ab. Das neue Parlament würde weniger jenem nach den Wahlen von 2015 gleichen als jenem von 2011. Der Rechtsrutsch von 2015 hatte damals den Rücktritt von Eveline Widmer-Schlumpf ausgelöst und zum so genannten «bürgerlichen Schulterschluss» geführt.

1.3. PARTEILEITUNG UND POLITISCHE AUSRICHTUNG

In dieser Ausgabe des Wahlbarometers wurden die Befragten erstmals um eine Einschätzung der Präsidentin bzw. des Präsidenten ihrer präferierten Partei gebeten. Sie wurden gefragt, wie sie deren oder dessen Einfluss auf das Abschneiden ihrer Partei einschätzen. Wie Abbildung 5 zeigt, sehen nur wenige Wählende das Präsidium der eigenen Partei als Belastung an. Dennoch gibt es grosse Unterschiede in der Einschätzung der Präsidien der Parteien. Dargestellt sind im Folgenden jeweils die Parteien, die über eine Fraktion im Bundeshaus verfügen.

Einschätzung des Parteipräsidiums der gewählten Partei (Abb. 5)

Frage: «Wie beurteilen Sie den Einfluss des/der <Partei>-Präsident:in <Name> auf das Abschneiden der <Partei>»



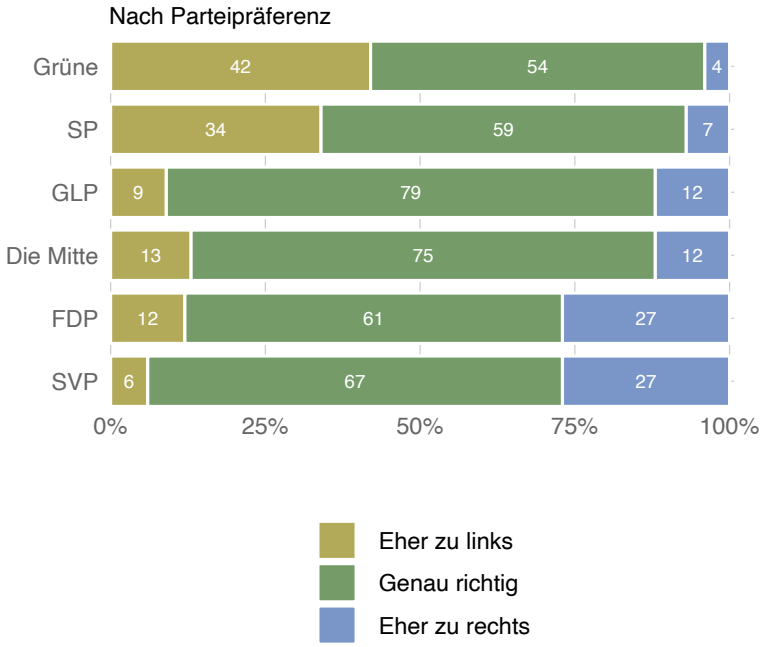
An erster Stelle steht der neue FDP-Präsident Thierry Burkart. 67 Prozent der Wählerinnen und Wähler der FDP schreiben ihm einen positiven Effekt auf das Abschneiden seiner Partei zu. Diese positive Wahrnehmung von Thierry Burkart dürfte ein Faktor für die gemessene Trendwende bei der FDP sein. Fast ebenso positiv wie Burkart wird Mitte-Präsident Gerhard Pfister durch die eigene Basis beurteilt. 65 Prozent sind der Ansicht, dass Pfister einen positiven Effekt hat auf das Abschneiden der Mitte. Mit etwas Abstand auf Platz drei folgt das Co-Präsidium der SP, Mattea Meyer und Cédric Wermuth. 54 Prozent der Wählenden der SP schreiben diesem Duo einen positiven Effekt auf die Partei zu. 8 Prozent einen negativen. Wermuth/Meyer erhalten eine positive Gesamtbeurteilung, werden aber zugleich kontroverser als die anderen beurteilt. Nur eine Minderheit der jeweiligen Basis ist der Ansicht, dass Marco Chiesa (SVP) sowie Balthasar Glättli (Grüne) einen positiven Effekt auf die Wahlchancen ihrer Partei haben. Auffällig ist, dass zwar nur wenige Wählende der Grünen Glättli einen negativen Effekt zuschreiben, besonders viele jedoch keine Beurteilung abgeben können oder wollen – Ähnliches gilt auch für den GLP-Präsidenten Jürg Grossen.

Wie Abbildung 6 zeigt, sind die meisten Befragten zufrieden mit der politischen Ausrichtung der Partei, die sie wählen wollen.

Die grössten Vorbehalte bestehen bei den Wählenden der Grünen. 42 Prozent von ihnen sind der Ansicht, die Grünen politisieren eher zu links. Nur 4 Prozent finden das Gegenteil. Bei der SP-Basis ist es ein Drittel, das findet, die SP positioniere sich eher zu links. Gerade umgekehrt ist es bei den Parteien am anderen Ende des politischen Spektrums. Jeweils 27 Prozent der Wählenden von SVP und der FDP sind der Ansicht, ihre Partei politisiere zu rechts. Dies zeigt, dass die Wählenden tendenziell moderater sind als die von ihnen gewählten Parteien – insbesondere auf der linken Seite des politischen Spektrums. Dennoch entscheiden sie sich für diese Parteien. Dies macht die Bedeutung strategischer Überlegungen beim Wählen klar. Um etwas zu bewegen, geben viele einer Partei die Stimme, die extremer politisiert als sie selbst. Anders ist dies bei der GLP und der Mitte. Obwohl es bei diesen Parteien vermehrt Diskussionen über die richtige Ausrichtung gibt, sind 79 Prozent zufrieden mit der aktuellen Positionierung.

Politische Ausrichtung der bevorzugten Partei (Abb. 6)

«Wie schätzen Sie die aktuelle politische Ausrichtung der Partei Ihrer Wahl ein?»

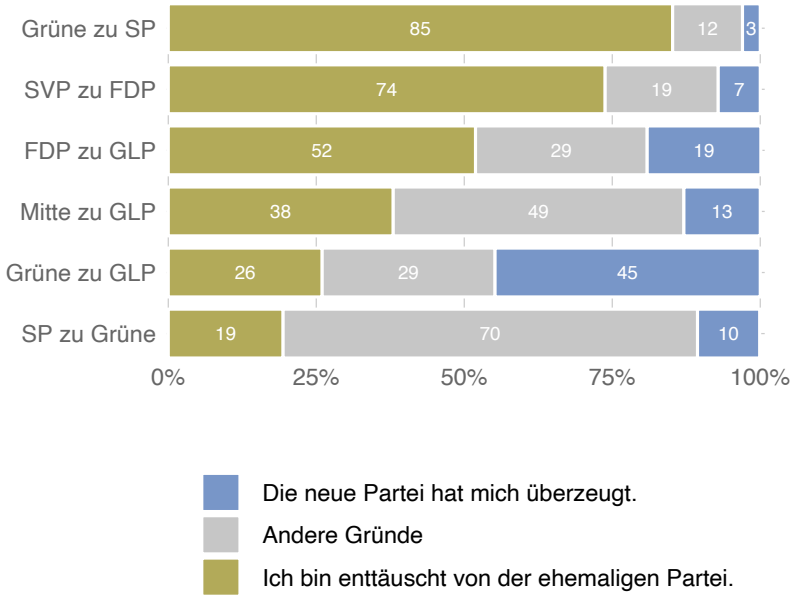


1.4. WÄHLERWANDERUNGEN: HÄUFIGSTE BEWEGUNGEN UND MOTIVE

Gewinne und Verluste der Parteien gehen unter anderem auf Wechselwählerinnen und -wähler zurück, die sich 2019 für eine andere Partei entschieden haben als sie sich heute entscheiden würden. In folgender Abbildung 7 sind die sechs häufigsten Wechselbeziehungen dargestellt. Die Darstellung ist sortiert nach dem Anteil der Wählenden, die sich aus Enttäuschung über die Politik der 2019 gewählten Partei heute für eine andere entscheiden würden. Das gilt in besonderem Mass für Wählende, die von den Grünen zur SP wechseln. 85 Prozent von ihnen sind enttäuscht von der Politik der Grünen. Wählende, die von der SP zu den Grünen wechseln, tun dies dagegen nur selten aus Enttäuschung über die Politik der SP oder aus Begeisterung für die Politik der Grünen. Hier stehen andere Gründe im Vordergrund – etwa, dass sich ihre politischen Prioritäten verändert haben. Dank der Klimathematik haben die Grünen zwar viele Wählende von der SP gewonnen und gewinnen sie weiterhin. Ein Teil von ihnen wendet sich aufgrund von Enttäuschung über die Politik der Grünen jedoch wieder ab. Ein Faktor für den gestoppten Höhenflug der Grünen ist offenbar, dass diese die in sie gestellten Erwartungen nicht immer erfüllen können.

Hauptgrund für Parteiwechsel: Häufigste Wechselbeziehungen (Abb. 7)

«Sie haben angegeben, eine andere Partei wählen zu wollen als diejenige, die Sie 2019 hauptsächlich gewählt haben. Welches ist der Hauptgrund für diesen Parteiwechsel?»



Zu den sechs wichtigsten Wählerströmen gehört der Wechsel von der SVP zur FDP. Auch hier spielt die Enttäuschung über die bisherige Partei eine wichtige Rolle (74 %). Das aktuelle Comeback der FDP hat offenbar auch damit zu tun, dass die freisinnige Partei zunehmend zur Alternative für enttäuschte Anhänger und Anhängerinnen der SVP wird (während letztere dies mit Neu- und Nicht-Wählenden kompensiert).

Die Grünliberalen ziehen gegenwärtig insbesondere Wechselwählende von der FDP, der Mitte und den Grünen an. Neben Push- spielen hier vermehrt auch Pull-Faktoren eine Rolle. Die GLP profitiert davon, dass sie weiterhin als neues, interessantes Angebot wahrgenommen wird.

1.5. FAKTOREN FÜR DEN WAHLENTSCHEID

Die Wählerinnen und Wähler, die von den Grünen (wieder) zur SP wechseln wollen, tun dies überwiegend aus Enttäuschung über die Politik der Grünen. Jene, die weiterhin auf die Grünen setzen, tun es dagegen oft aus voller Überzeugung. Mit 63 Prozent ist der Anteil der überzeugten Wählenden bei den Grünen am grössten. Am tiefsten ist der Anteil der Überzeugungswählenden bei der GLP und der Mitte. Bei der GLP ist dafür der Anteil am grössten, der sich für diese Partei entscheidet aus dem Bedürfnis nach etwas Neuem.

Art des Wahlentscheids (Abb. 8)

«Wie würden Sie den Entscheid für diese Partei beschreiben?»

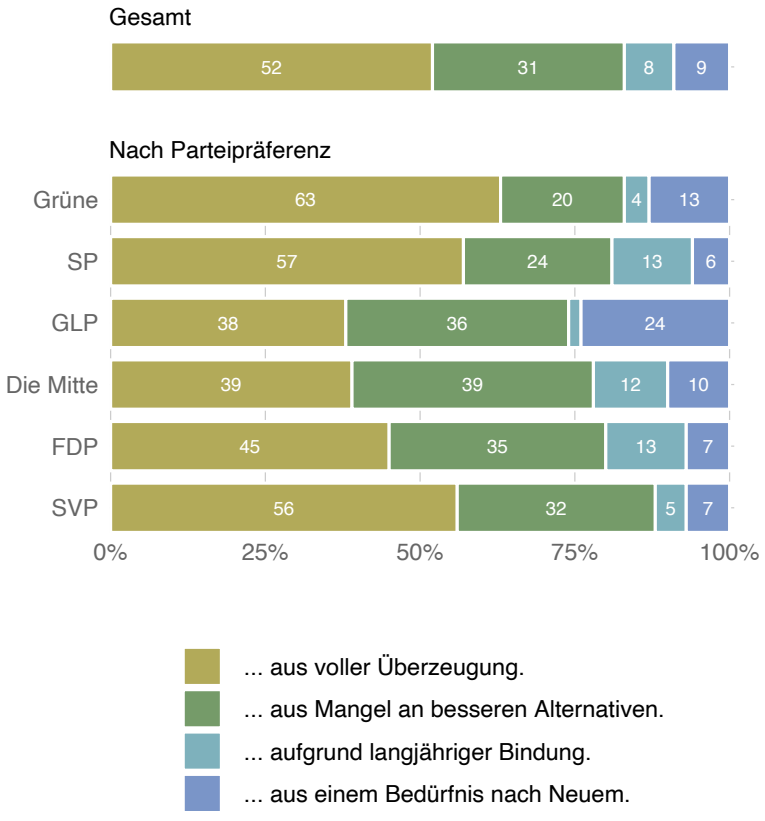
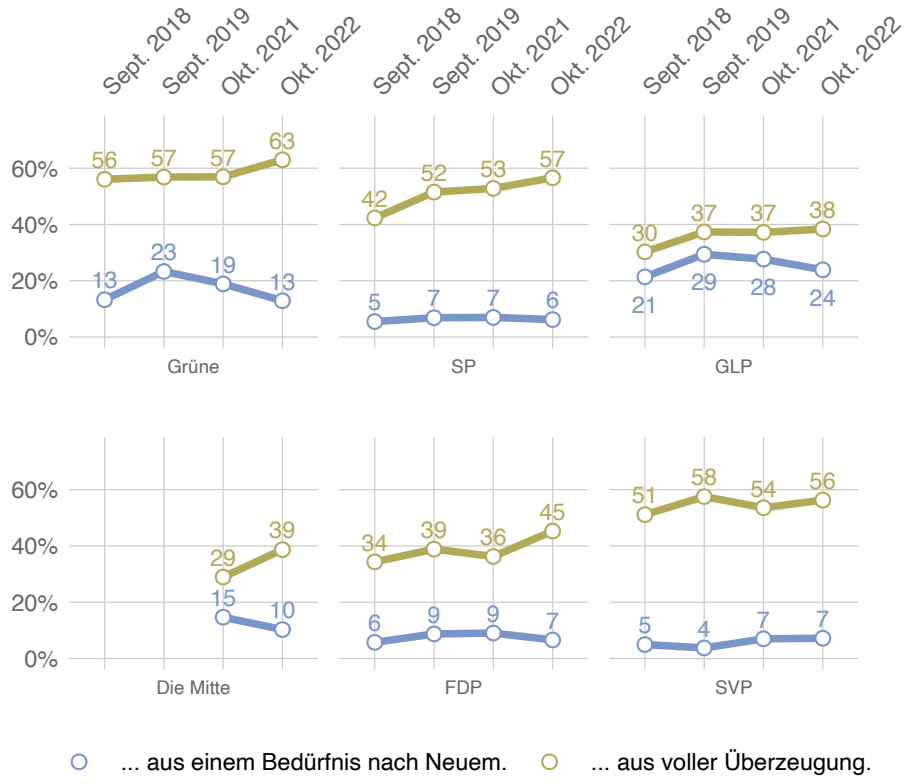


Abbildung 9 zeigt die Bedeutung von zwei Wahlmotiven im Zeitverlauf. Dabei wird sichtbar, dass der Wählenden, die sich aus voller Überzeugung für die jeweilige Partei entschieden haben, bei fast allen Parteien zugenommen hat. Dies deutet daraufhin,

dass die Zufriedenheit mit den Parteien im Vergleich zur letzten Legislatur zugenommen hat. Auch das dürfte ein Grund dafür sein, dass sich aktuell weniger einschneidende Veränderungen in der Parteienlandschaft abzeichnen als bei der letzten Wahl. Im Jahresvergleich besonders stark zugenommen hat der Anteil der Überzeugungswählerinnen und -wähler bei der Mitte-Partei und der FDP. Ersteres deutet daraufhin, dass die neue Marke «die Mitte» immer besser akzeptiert wird. Zweiteres korrespondiert mit der Zufriedenheit der FDP-Basis mit dem neuen Parteipräsidenten.

Art des Wahlentscheids im Zeitverlauf (Abb. 9)

«Wie würden Sie den Entscheid für diese Partei beschreiben?»

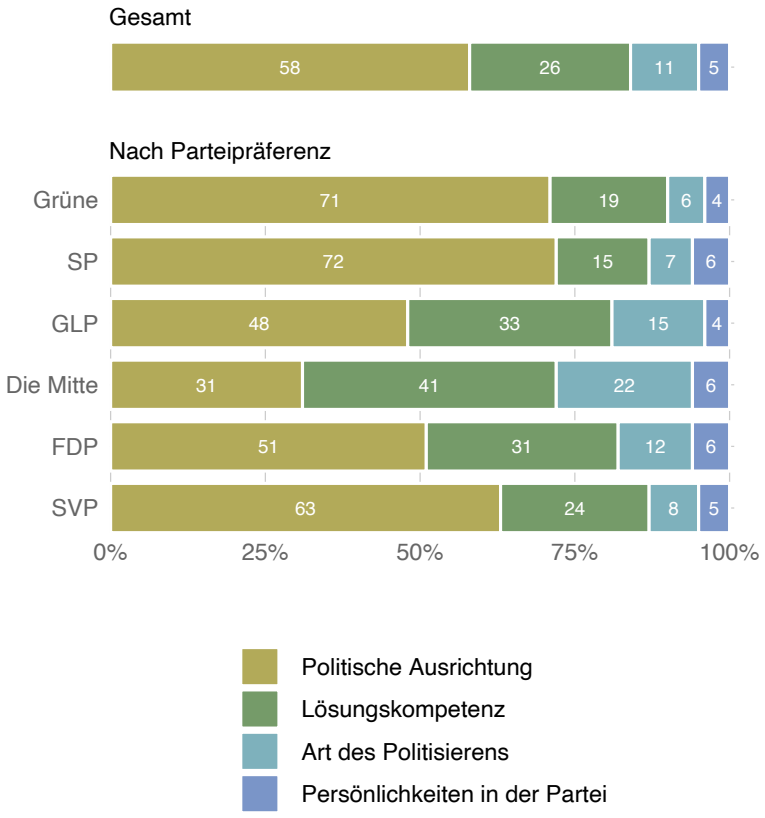


Seit 2019 auffällig abgenommen hat der Anteil, der die Grünen aus dem Bedürfnis nach etwas Neuem wählen will. 2019 waren die Grünen die Partei der Stunde, mittlerweile scheint hier eine gewisse Normalisierung stattgefunden zu haben. Auch bei der GLP ist der Anteil der «Modewählenden» leicht zurückgegan-

gen. Vorläufig scheint die Partei aber noch vom Image der neuen Kraft profitieren zu können.

Grund des Wahlentscheids (Abb. 10)

«Was ist der wichtigste Grund für Ihre Wahl?»

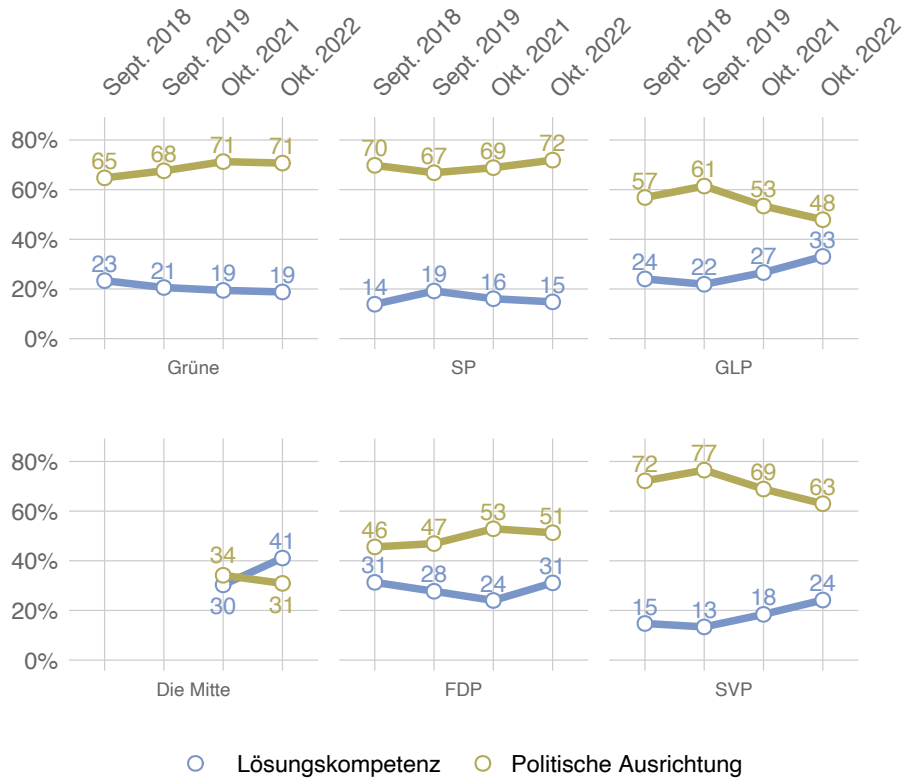


Da die eidgenössischen Wahlen in der Schweiz keinen unmittelbaren Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Regierung haben, steht die politische Ausrichtung der Parteien als Motiv für den Wahlentscheid im Vordergrund. 58 Prozent der aktiven Stimmberechtigten entscheiden sich für eine Partei primär aufgrund ihrer politischen Ausrichtung. Für 26 Prozent steht die Lösungskompetenz im Vordergrund, nur gerade 5 Prozent wählen eine Partei hauptsächlich aufgrund ihrer Persönlichkeiten. Die politische Ausrichtung ist insbesondere für den Wahlentscheid zugunsten der Polparteien ausschlaggebend. Auf der linken Seite noch stärker als auf der rechten. Weniger stark im Vordergrund steht die Ausrichtung bei einem Entscheid für die FDP (51 %) oder die GLP (je 48 %) – nicht an erster Stelle steht die politische Ausrichtung einzig bei einem

Wahlentscheid für die Mitte (31 %) hier geht es den Wählenden vermehrt um Lösungskompetenz (41 %).

Grund des Wahlentscheids im Zeitverlauf (Abb. 11)

«Was ist der wichtigste Grund für Ihre Wahl?»



Im Zeitverlauf hat die Bedeutung der Lösungskompetenz im Vergleich zur politischen Ausrichtung für die Wählenden tendenziell zugenommen. Das gilt besonders für die Parteien in der Mitte, bemerkenswerterweise aber auch für die SVP. Der Anteil, der die SVP hauptsächlich aufgrund ihrer Lösungskompetenz wählen will, ist in den vergangenen drei Jahren von 13 auf 24 Prozent gestiegen. Einzig bei der SP zeigt sich ein gegenteiliger Trend.

Themen und Heraus-forderungen

Für den Wahlentscheid stehen in der Schweiz neben der traditionellen Parteibindung vor allem Sachthemen im Vordergrund. Die Themenkonjunktur sowie die wahrgenommenen politischen Herausforderungen bilden deshalb eine wichtige Grundlage für die sich verändernden Erfolgschancen der Parteien.

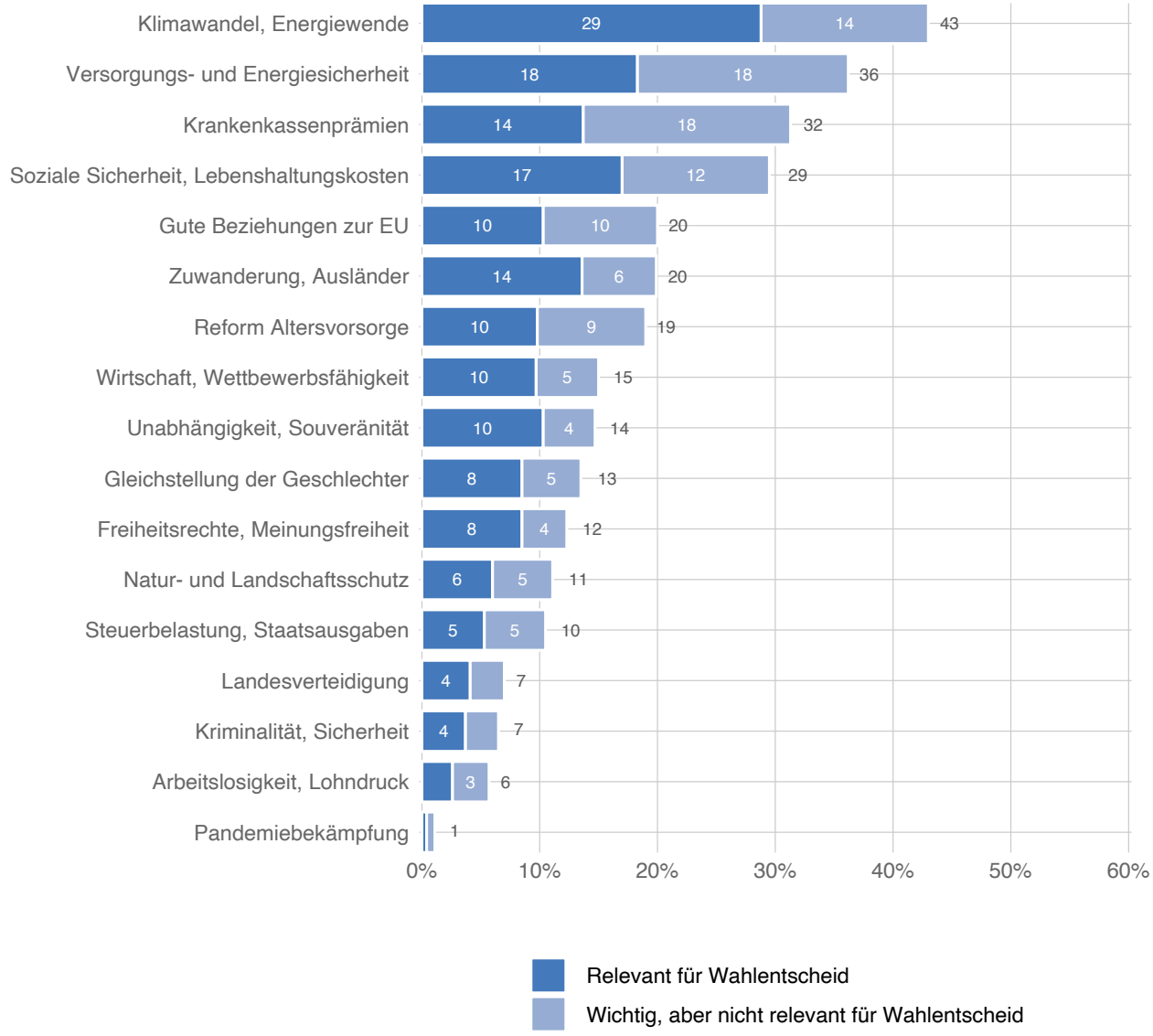
2.1. DER KRIEG UND SEINE (INDIREKTEN) FOLGEN

Der Klimawandel und die damit verbundene Energiewende ist aus Sicht der Wählerinnen und Wähler die grösste politische Herausforderung der Schweiz ist. 43 Prozent zählen den Klimawandel zu den drei wichtigsten Herausforderungen. Der Klimawandel ist zugleich das wichtigste Thema für den Wahlentscheid. 23 Prozent geben an, dass dieser dafür relevant sei. An zweiter Stelle folgt ein Thema, das bei diesem Wahlbarometer erstmals in die Liste möglicher Herausforderungen aufgenommen wurde. Die Versorgungs- und Energiesicherheit stellt für 36 Prozent der Befragten eine der wichtigsten Herausforderungen dar. Die durch den Krieg für viele erstmals deutlich sichtbar gewordenen Abhängigkeiten der Schweiz im Energiebereich hinterlassen Spuren. Parallel dazu weckt die durch

den Krieg angetriebene Teuerung das Bedürfnis nach sozialer Absicherung. 29 Prozent nennen «soziale Sicherheit, Lebenshaltungskosten» als zentrale politische Herausforderungen. Noch etwas häufiger genannt werden die Krankenkassenprämien, die zwar unabhängig vom Kriegsgeschehen ansteigen, jedoch ebenso zum Druck auf die Haushaltskassen beitragen.

Wichtigste politische Herausforderungen (Abb. 12)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»

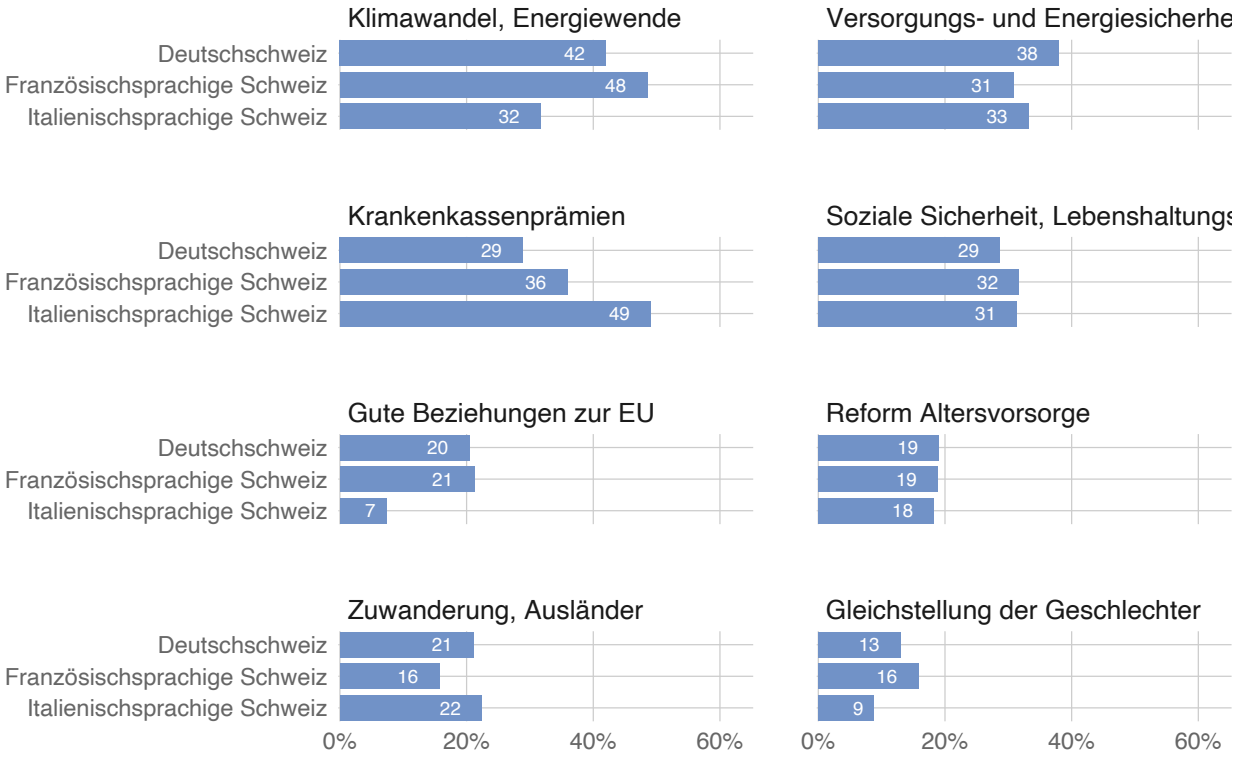


Auch wenn sich die (indirekten) wirtschaftlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine auf die Problemwahrnehmung der Schwei-

zerinnen und Schweizer auswirken, ist die unmittelbare Wirkung bescheiden. Gerade einmal 7 Prozent der Befragten zählen die Landesverteidigung zu den wichtigsten politischen Herausforderungen dieses Landes. Ebenfalls nur 7 Prozent erachten Kriminalität und Sicherheit als eine zentrale Herausforderung. Auch die grosse Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine wirkt sich nicht direkt auf die Problemwahrnehmung aus: Nur 20 Prozent sehen im Themenfeld «Zuwanderung, Ausländer» eines der Hauptprobleme der Schweiz.

Wichtigste politische Herausforderungen nach Sprachregionen (Abb. 13)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»



Die grössten Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Sprachregionen bestehen beim Thema Krankenkassenprämien. 49 Prozent der Befragten aus der italienischsprachigen Schweiz bezeichnen diese als eine der wichtigsten politischen Herausforderungen der Schweiz. In der französischen Schweiz sind es 36 Prozent, in der Deutschschweiz 29 Prozent. Deut-

liche Einstellungsunterschiede bestehen ebenfalls bei der Klimathematik. Hier sind es die frankophonen Befragten, die am ungeduldigsten sind. Während die Deutschschweiz eine Mittelstellung einnimmt, wird im italienischsprachigen Landesteil am wenigsten Dringlichkeit erkannt.

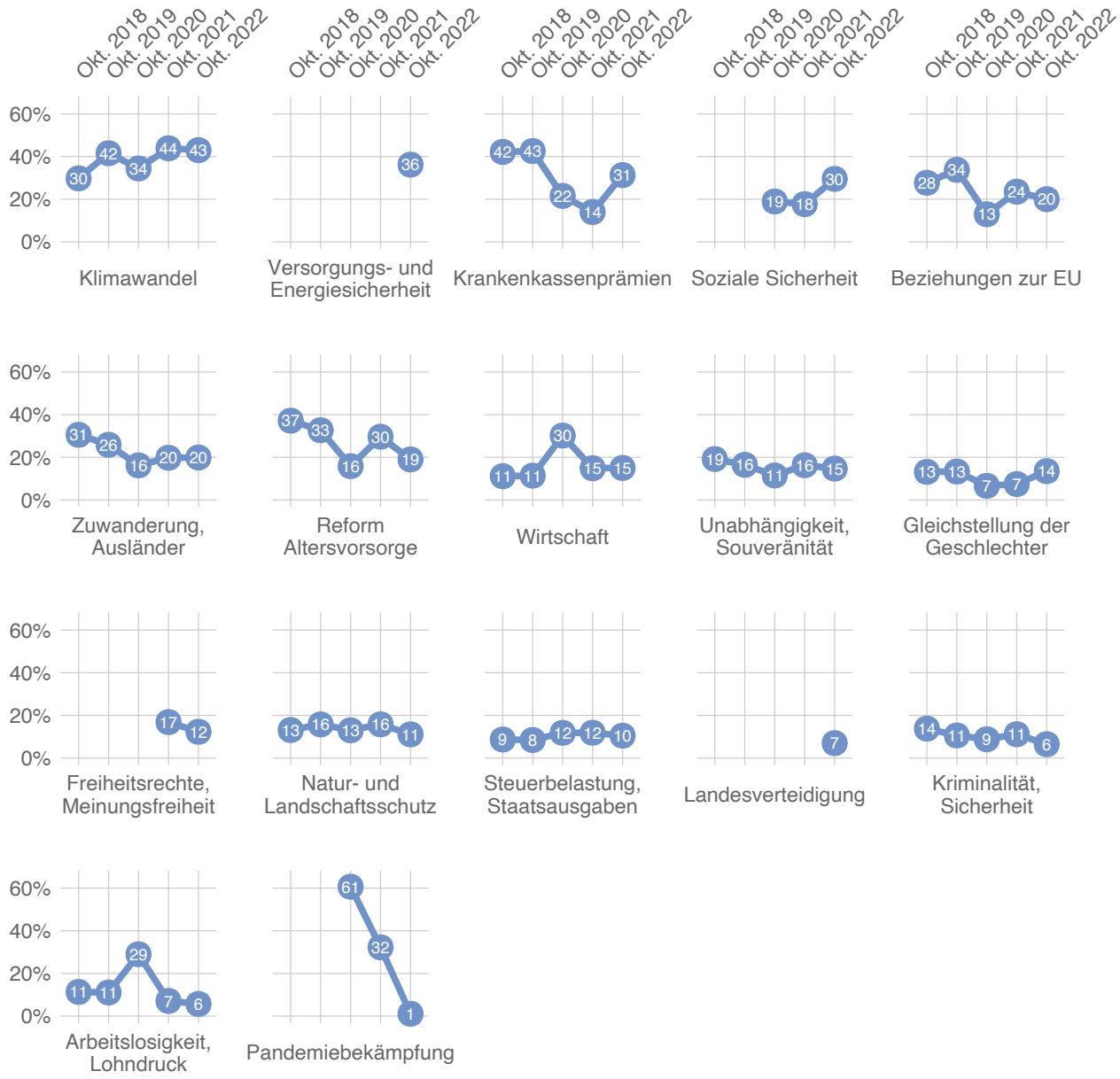
2.2. SOZIALE THEMEN RÜCKEN IN DEN FOKUS

Abbildung 14 stellt die Entwicklung der wichtigsten politischen Herausforderungen aus Sicht der Stimmberechtigen seit 2018 dar. Die Abbildung zeigt den beispielslosen Abstieg eines Themas, das noch im Jahr 2020 alles andere überstrahlte. So sahen im Oktober 2020 61 Prozent der Befragten die Bekämpfung der Corona-Pandemie als eine der zentralen politischen Herausforderungen dieses Landes. Vor einem Jahr waren es noch 32 Prozent. Anfang Oktober 2022 wird – trotz erneut steigender Fallzahlen – die Bekämpfung der Pandemie gerade einmal von einem Prozent der Befragten zu den wichtigsten Herausforderungen des Landes gezählt. Der Zeitverlauf macht deutlich, dass es insbesondere soziale Themen sind, die in diesem Jahr Bedeutung gewonnen haben. Der grösste Anstieg im Anteil der Nennungen verzeichnen die Krankenkassenprämien und die soziale Sicherheit. Im Gegensatz dazu hat das Themenfeld «Arbeitslosigkeit, Lohndruck», welches im ersten Jahr der Pandemie viele beschäftigte, weiter an Dringlichkeit verloren. 2020 näherte die Corona-Pandemie die Frucht vor einer Wirtschaftskrise. 2021 legte sich diese bereits wieder. Nun sind es vor allem Sorgen in Bezug auf die Versorgung und die Lebenshaltungskosten, welche die Bevölkerung umtreiben. In der Wahrnehmung der Bevölkerung ist es eher eine Kosten- als eine Wirtschaftskrise. Daneben hat einzig das Thema der Gleichstellung der Geschlechter an Bedeutung gewonnen. Dies dürfte mit der knappen Annahme der Erhöhung des Frauenrentenalters durch die Stimmbevölkerung kurz vor der vorliegenden Befragung zusammenhängen. Das gegenwärtig oftmals hitzig diskutierte Thema der staatlichen Bevormundung und durch «Wokeness» bedrohten Meinungsfreiheit, spielt für die Wählenden nur eine untergeordne-

te Rolle. Nur 12 Prozent der Befragten erachten «Freiheitsrechte, Meinungsfreiheit» als eine der zentralen politischen Herausforderungen dieser Zeit an. Vor Jahresfrist waren dies noch 17 Prozent.

Wichtigste politische Herausforderungen – Zeitverlauf (Abb. 14)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»

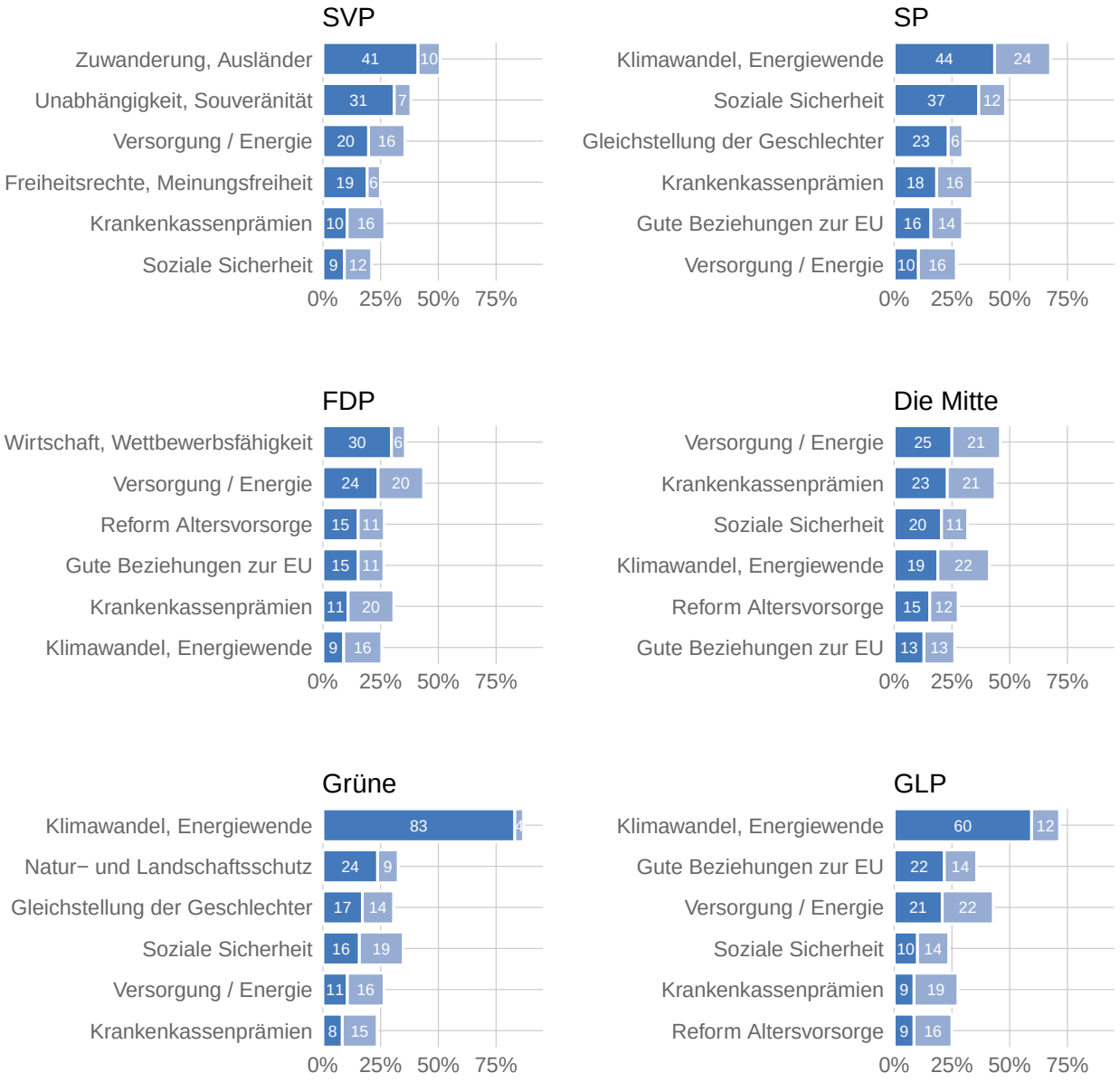


2.3. PARTEIEN: HERAUSFORDERUNGEN UND DEFIZITE

Abbildung 15 zeigt, welche Themen und Herausforderungen für die Wählenden der sechs grösseren Parteien besonders wichtig sind. Die dargestellte Reihenfolge entspricht der Wichtigkeit für den Wahlentscheid.

Wahlrelevante Herausforderungen nach Partei (Abb. 15)

«Welche der folgenden Faktoren sind besonders wichtig für Ihren Wahlentscheid?»



Eine erste Erkenntnis, die sich aus dieser Abbildung ableiten lässt: Die Versorgungs- und Energiesicherheit gehört als neu abgefragte Thematik auf Anhieb für alle Parteiwählerschaften zu den wichtigen politischen Herausforderungen. Auffällig ist zudem, dass die soziale Frage heute nicht nur bei den Wählenden der linken Parteien zu den wichtigsten Herausforderungen gehört. Bei der Wählerschaft der Mitte besetzen die soziale Sicherheit sowie Krankenkassenkassenprämien zwei der drei ersten Plätze der für den Wahlentscheid relevanten Themen. Unter den bürgerlichen Parteien setzt die Mitte bzw. die frühere CVP am stärksten auf die soziale Thematik. Interessanterweise gehören mittlerweile soziale Themen jedoch auch für die Basis der GLP und der SVP zu den wichtigsten politischen Herausforderungen. Einzig bei den Wählenden der FDP rangiert die soziale Sicherheit nicht unter den ersten sechs.

Die Darstellung der zeitlichen Entwicklung der Nennungen der wichtigsten Herausforderungen nach Parteien macht den Bedeutungszuwachs sozialer Themen sichtbar (Abb. 16). Auffällig ist zugleich der Rückgang der Nennungen von guten Beziehungen zur EU sowie der Reform der Altersvorsorge insbesondere bei der Wählerschaft der FDP und der GLP.

Wahlrelevante Herausforderungen nach Partei im Zeitverlauf (Abb. 16)

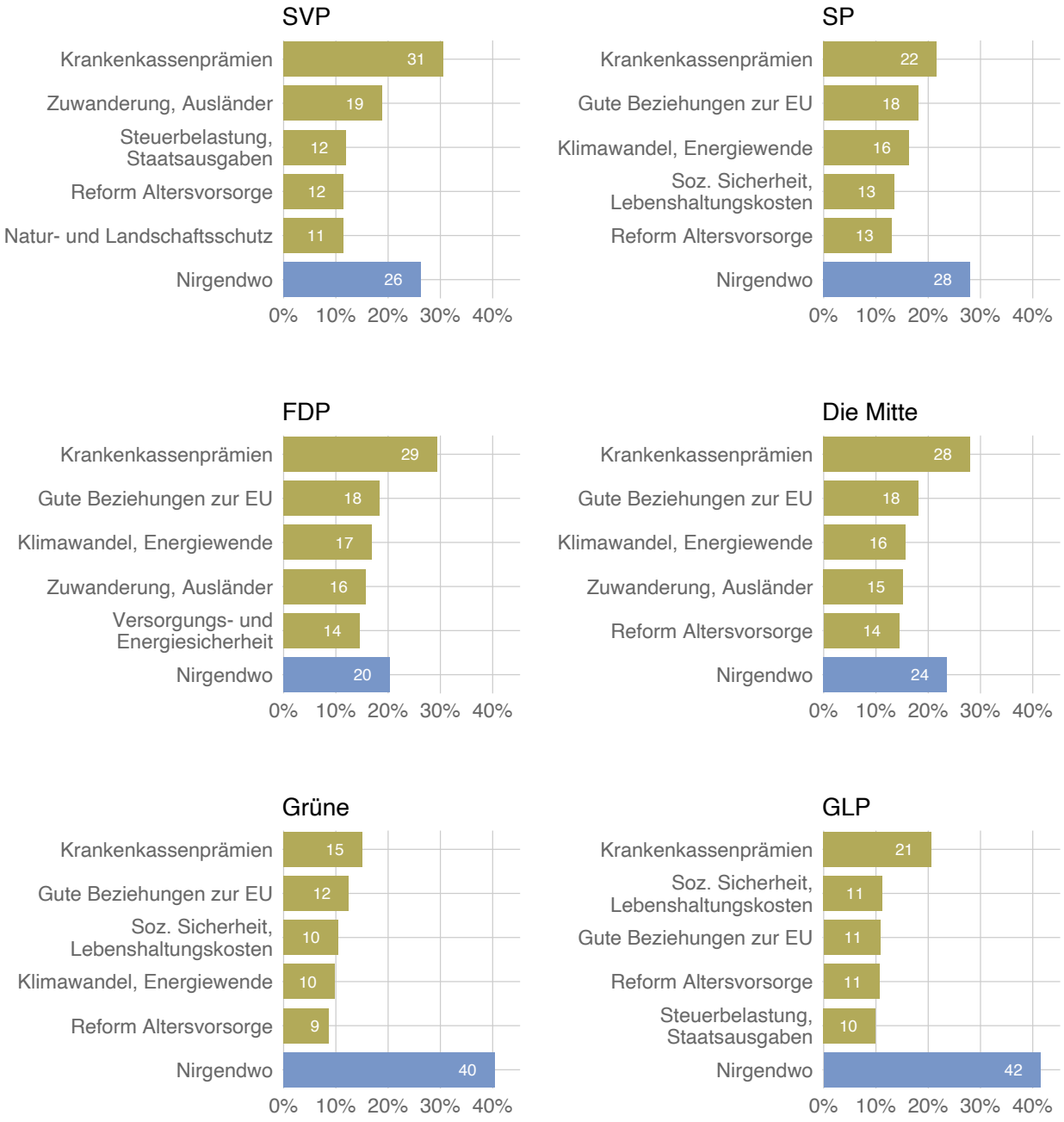
«Welche der folgenden Faktoren sind besonders wichtig für Ihren Wahlentscheid?»

Gefragt wurde nicht nur nach den relevanten Themen für den Wahlentscheid, sondern auch nach den Themen, bei denen Vorbehalte über den Kurs der eigenen Partei bestehen. Auf dem ersten Platz steht dabei bei allen Parteiwählerschaften der Problembereich der Krankenkassenprämien (Abb. 17). Dass

offenbar in allen politischen Lagern gleichzeitig Unzufriedenheit herrscht mit der Art und Weise, die wie eigene Partei einer politischen Herausforderung begegnet, ist ein Novum.

Unzufriedenheit mit der eigenen Partei (Abb. 17)

«Bei welchen Herausforderungen sind Sie am wenigsten zufrieden mit dem Kurs der Partei, die Sie aktuell wählen würden?»



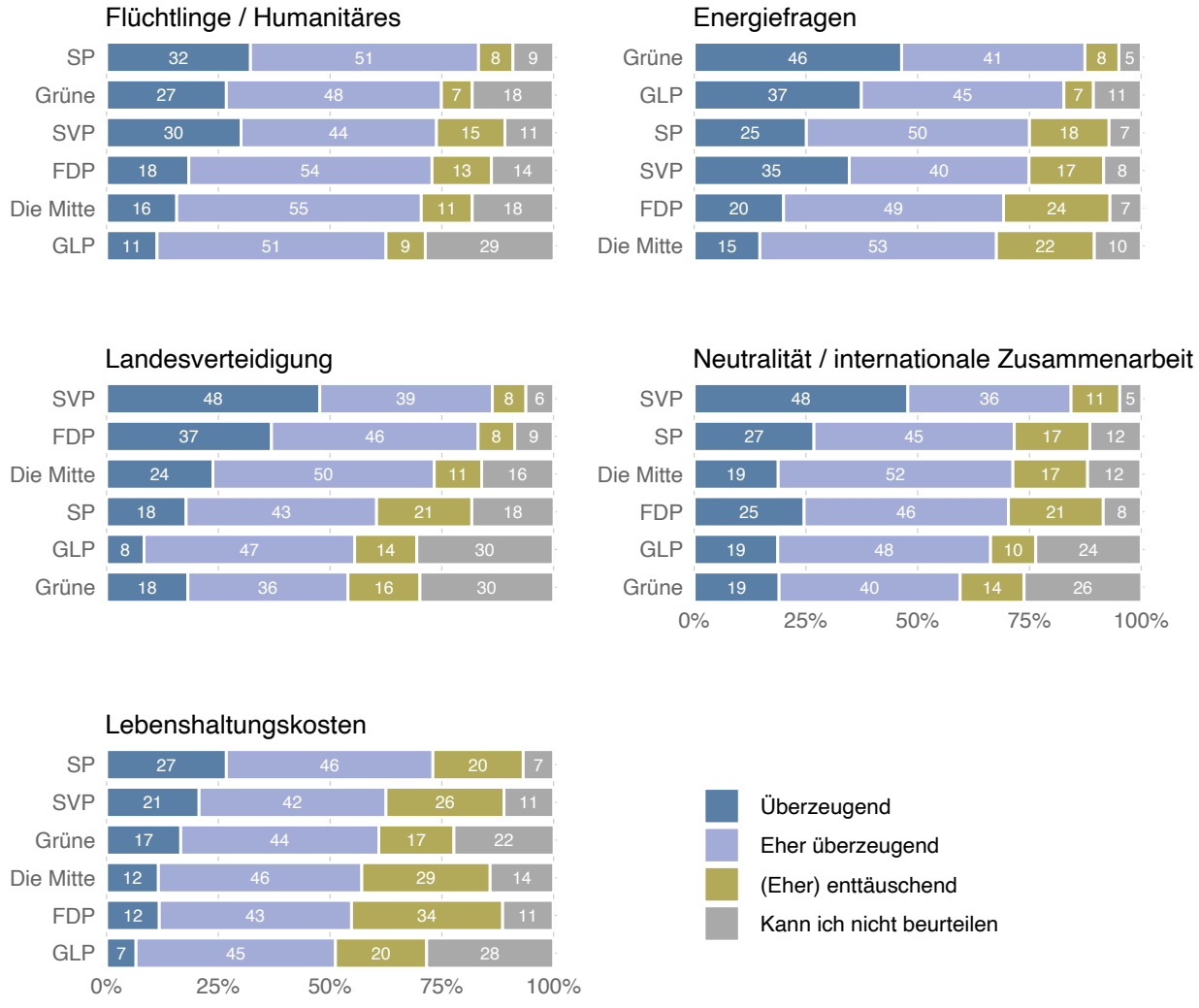
Der Umgang der eigenen Partei in Bezug auf die Beziehungen mit der EU ist ebenfalls ein Bereich, bei welchem sowohl links

wie im bürgerlichen Lager bei den jeweiligen Parteiwählerschaften Unzufriedenheit besteht.

2.4. FOKUS: UMGANG DER PARTEIEN MIT DEM KRIEG IN DER UKRAINE

Politik der Parteien bezüglich Ukrainekrieg (Abb. 18)

Frage: «Der Krieg in der Ukraine stellt die Welt und auch die Schweiz vor grosse Herausforderungen. Wie beurteilen Sie die Politik der Partei Ihrer Wahl bei den folgenden Sachthemen?»



Der russische Angriffskrieg in der Ukraine betrifft die Schweizer Politik auf verschiedensten Ebenen. Wie beurteilen die Wählerschaften der sechs grössten Parteien den Umgang ihrer

bevorzugten Partei mit den direkten und indirekten Folgen des Kriegs? Mehrheitlich wird die Politik der Parteien durch die eigene Basis zumindest als eher überzeugend eingestuft.

Passend zu den vorangegangenen Analysen haben die Befragten am meisten Vorbehalte, wenn es um den Umgang der Parteien mit gestiegenen Lebenshaltungskosten geht. Klar am besten schneidet hier aus Sicht der Basis die SP ab. Am meisten Kritik für die Politik der eigenen Partei gibt es bei der FDP, der Mitte sowie der SVP. Generell fällt auf, dass die Wählenden der Grünliberalen ihre Partei zwar selten kritisieren, jedoch auch oft wenig überzeugend finden. Einzige Ausnahme bilden Energiefragen.

Einschätzung von Bundesrat und Parlament

Parlamentswahlen haben in der Schweiz keinen direkten Einfluss auf die Regierungszusammensetzung. Sie wirken sich aber auf die Mehrheitsverhältnisse in den beiden Parlamentskammern bei Sachfragen aus. Von besonderem Interesse ist deshalb die Einschätzung der politischen Ausrichtung des aktuellen Parlaments durch die Wählenden. Die Bundesratsmitglieder werden zwar nicht durch die Wahlberechtigten bestimmt, aber sie können deren Einfluss auf die Politik und ihre Sympathie im Rahmen des SRG SSR Wahlbarometers regelmässig bewerten.

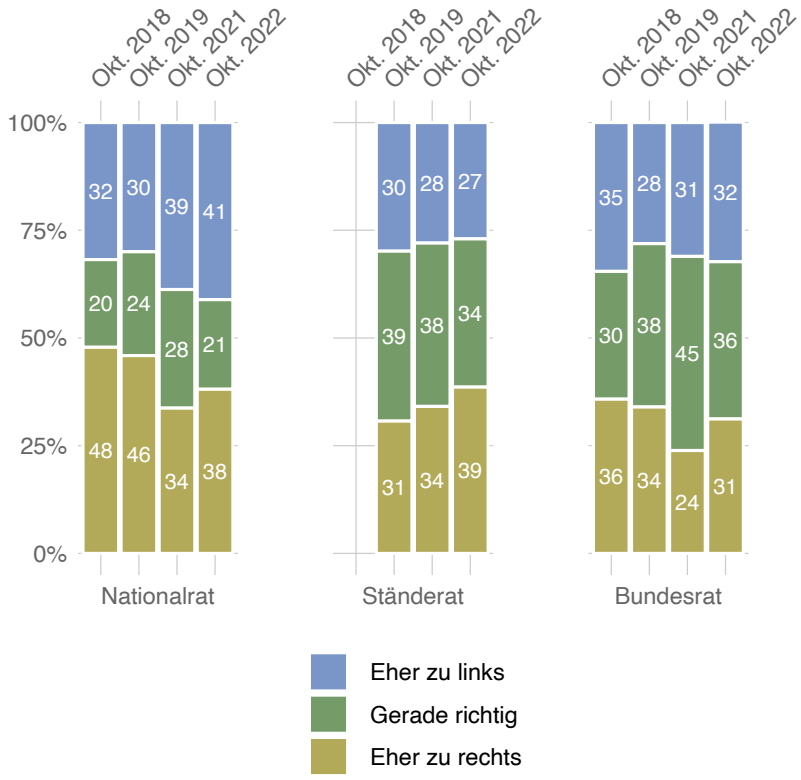
3.1. AUSRICHTUNG DER RÄTE

Wie schätzen die Wählerinnen und Wähler die politische Ausrichtung der beiden Parlamentskammern und der Regierung ein? Sind diese Institutionen ihrer Einschätzung nach politisch gerade richtig, oder eher zu links bzw. eher zu rechts ausgerichtet? Die Einschätzungen seit Oktober 2018 sind in Abbildung 19 dargestellt. In der letzten Legislatur waren jeweils deutlich mehr Wählende der Ansicht, dass der Nationalrat politisch zu weit rechts stehe als zu links. So gaben sowohl im Oktober 2018 wie auch unmittelbar vor den eidgenössischen Wahlen im

Oktober 2019 48 resp. 46 Prozent der Befragten an, der Nationalrat sei ihrer Ansicht nach zu weit rechts positioniert. Knapp ein Drittel schätze ihn als zu links ein. In der Folge kam es im Oktober 2019 für Schweizer Verhältnisse zu einem markanten Linksrutsch.

Beurteilung der Ausrichtung des Parlaments und der Regierung – Zeitvergleich (Abb. 19)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Nationalrats/Ständerats/Bundesrats in dieser Legislatur ein?»



Das neue Parlament wird nun bereits zum zweiten Mal in Folge ausgeglichener eingeschätzt. Sowohl vor einem Jahr wie auch zur Zeit empfinden etwa zwei von fünf Befragten den Nationalrat als eher zu links. Zu rechts empfanden ihn vor einem Jahr ein Drittel, dieser Anteil ist nun auf 38 Prozent gestiegen. Der Anteil der Befragten, die angaben, sie würden ihn als gerade richtig empfinden, sank ebenfalls von 28 auf 21 Prozent.

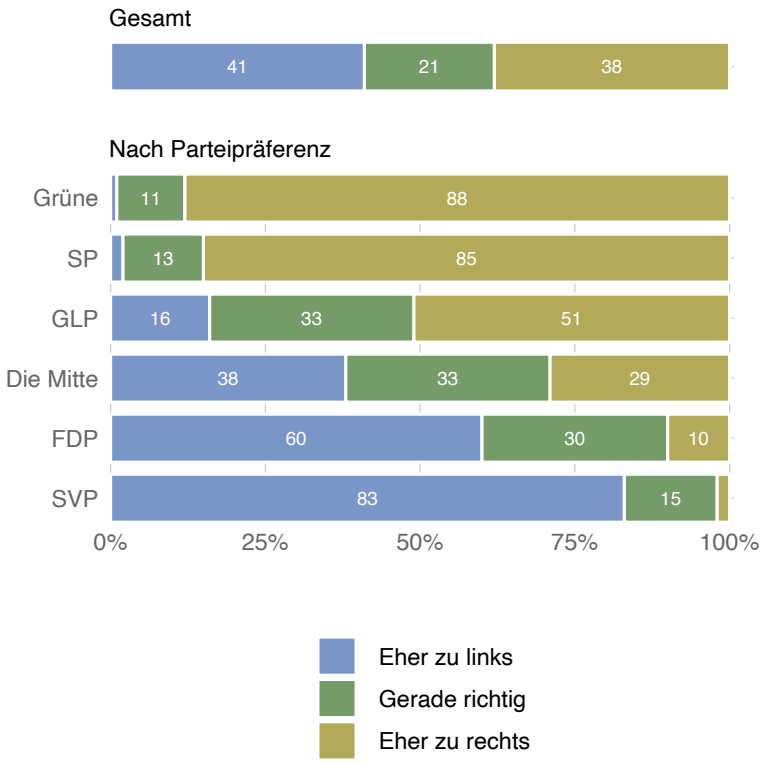
Etwas anders sieht es bei der Einschätzung der politischen Ausrichtung für den Ständerat aus. In der aktuellen Befragung ist die Zahl derer, die ihn als gerade richtig positioniert empfinden, ist

von 38 auf 34 zurückgegangen. Zu links ist er für knapp dreissig Prozent, knapp vierzig Prozent hingegen empfinden ihn mittlerweile als zu rechts, was einer leichten Zunahme gleichkommt.

Auch bei der Beurteilung des Bundesrats zeigt sich diese Tendenz. Vor einem Jahr waren noch 45 Prozent der Wählenden der Ansicht, dass dieser weder zu links noch zu rechts ausgerichtet sei. Im Vergleich zur vorangehenden Legislatur kam das einer deutlichen Zunahme gleich, doch mittlerweile ging der Anteil, die den Bundesrat gerade richtig positioniert finden, deutlich zurück und liegt nun sogar noch etwas tiefer als direkt nach den letzten Parlamentswahlen.

Beurteilung der Ausrichtung des Nationalrats – nach Partei (Abb. 20)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Nationalrats in dieser Legislatur ein?»

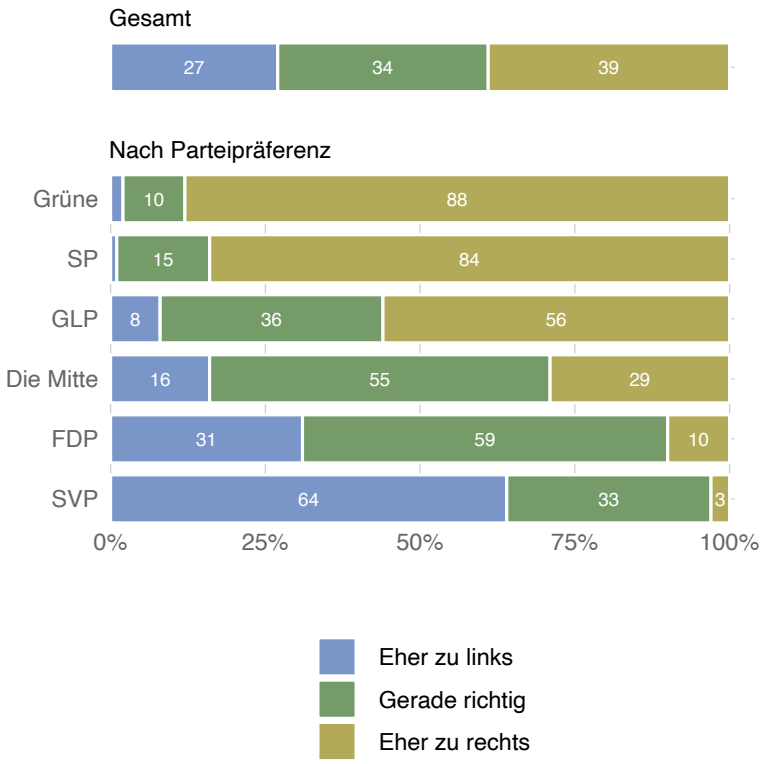


Die polarisierte Parteienlandschaft der Schweiz zeigt sich bei dieser Frage allerdings deutlich. Wenig erstaunlich ist, dass unter den Wählenden der Polparteien der Nationalrat, der Ständerat und auch der Bundesrat jeweils in grossen Mehrheiten als zu rechts respektive als zu links wahrgenommen wird. Am aus-

geprägtesten ist diese Situation für die Einschätzung der Ausrichtung des Nationalrats zu beobachten: Von den Wählenden des rotgrünen Lagers empfinden 85 Prozent (SP) resp. 88 Prozent (Grüne) den Nationalrat als zu rechts. Von den Wählenden der SVP sind auf der anderen Seite 83 Prozent der Ansicht, der Nationalrat sei zu links. Nur eine Minderheit von zwischen 10 und 15 Prozent der Wählerschaften an den Polen des politischen Spektrums sind der Meinung, der Nationalrat sei gerade richtig positioniert. Bei den Wählerschaften der traditionellen bürgerlichen Parteien FDP und Mitte, aber auch von der GLP, liegt dieser Anteil doppelt so hoch. Zudem zeigt sich auch, dass die Wählerschaft, je rechter sie steht, den Nationalrat als tendenziell zu links empfindet und umgekehrt.

Beurteilung der Position des Ständerats – nach Partei (Abb. 21)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Ständerats in dieser Legislatur ein?»

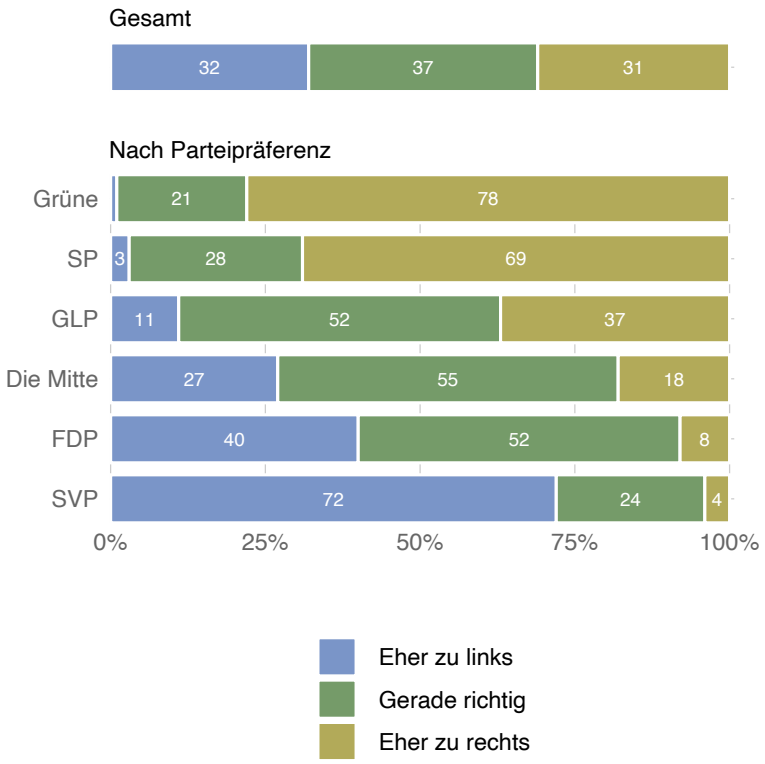


Die Mitglieder des Ständerats werden in fast allen Kantonen im Majorzwahlrecht gewählt. Nach wie vor haben im Ständerat die FDP und Die Mitte die deutliche Mehrheit der Sitze inne. Das wirkt sich auf das Profil des Ständerats aus, aber auch auf

die Wahrnehmung. Der Anteil der Befragten, der zufrieden mit der Ausrichtung ist, ist deutlich grösser als beim Nationalrat. Dies gilt in besonderem Mass für die Wählerschaft von Mitte und FDP. Allerdings ist auch ein bedeutend grösserer Anteil der Wählerschaft der SVP mit der Ausrichtung des Ständerats zufrieden als dies im rotgrünen Lager der Fall ist.

Beurteilung der Ausrichtung des Bundesrats – nach Partei (Abb. 22)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Bundesrats in dieser Legislatur ein?»



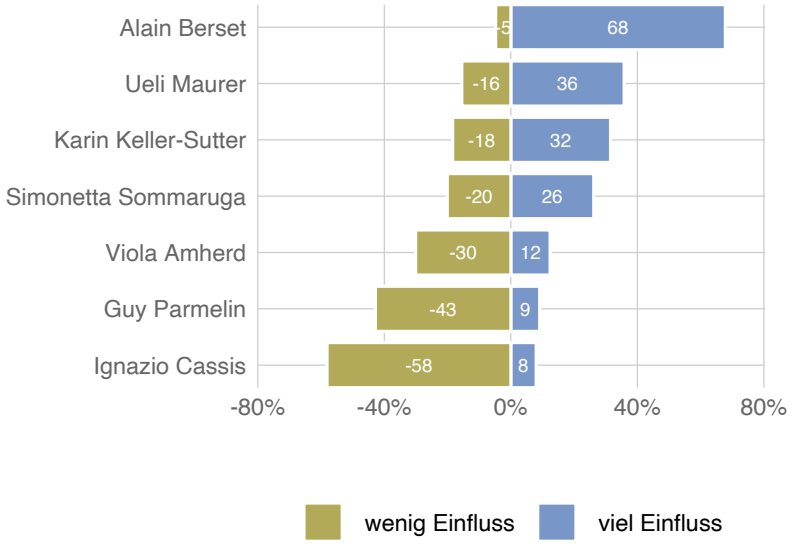
Beim Bundesrat zeigt sich das gleiche Bild, sogar noch akzentuierter als beim Ständerat. Und obwohl im Bundesrat FDP und SVP mit je zwei Sitzen vertreten sind, finden fast drei Viertel der SVP-Wählerschaft, dass der Bundesrat zu links sei, auch vier von zehn FDP-Wählenden sind dieser Ansicht. Die Wählerschaften der traditionellen bürgerlichen Parteien, aber auch der GLP, sind mehrheitlich der Ansicht, der Bundesrat wäre gerade richtig positioniert, während ihn die linke Seite als zu rechts empfindet.

3.2. BUNDESRAT: EINFLUSS-RATING

Ein fester Bestandteil des SRG SSR Wahlbarometers bildet die Einschätzung der Bundesratsmitglieder durch die Stimmbevölkerung. Dabei werden die Bundesratsmitglieder nicht einfach benotet, sondern auf zwei Dimensionen eingeschätzt – nämlich nach zugeschriebenem Einfluss sowie nach Sympathie. Geht es um den wahrgenommenen Einfluss der Bundesrätinnen und Bundesräte, zeigt sich nach wie vor die Dominanz von Alain Berset (SP). Er büsste zwar einige Prozentpunkte ein, besetzt aber nach wie vor den Spitzenplatz mit sehr grossem Vorsprung, wie dies auch in den vorangehenden Auswertungen der Fall war. 68 Prozent der Befragten sehen ihn gegenwärtig als den Mächtigsten im Amt und fast niemand betrachtet ihn als ohne Einfluss. Ueli Maurer (SVP), der während der Feldphase der Befragung seinen Rücktritt aus dem Bundesrat ankündigte, wird als der zweitmächtigste Bundesrat betrachtet, Karin Keller-Sutter (FDP) liegt nur leicht dahinter. Auch Simonetta Sommaruga (SP) wird noch von mehr Befragten als Mitglied mit viel Einfluss betrachtet als mit eher wenig Einfluss. Als Bundesrat mit am wenigsten Einfluss schätzen die Befragten den Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) ein, 58 Prozent der Befragten sehen ihn als Bundesrat mit wenig Einfluss. Weniger als zehn Prozent betrachten ihn als einflussreich, Guy Parmelin wird ebenfalls nur von wenigen Befragten als einflussreichen Bundesrat betrachtet.

Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder (Abb. 23)

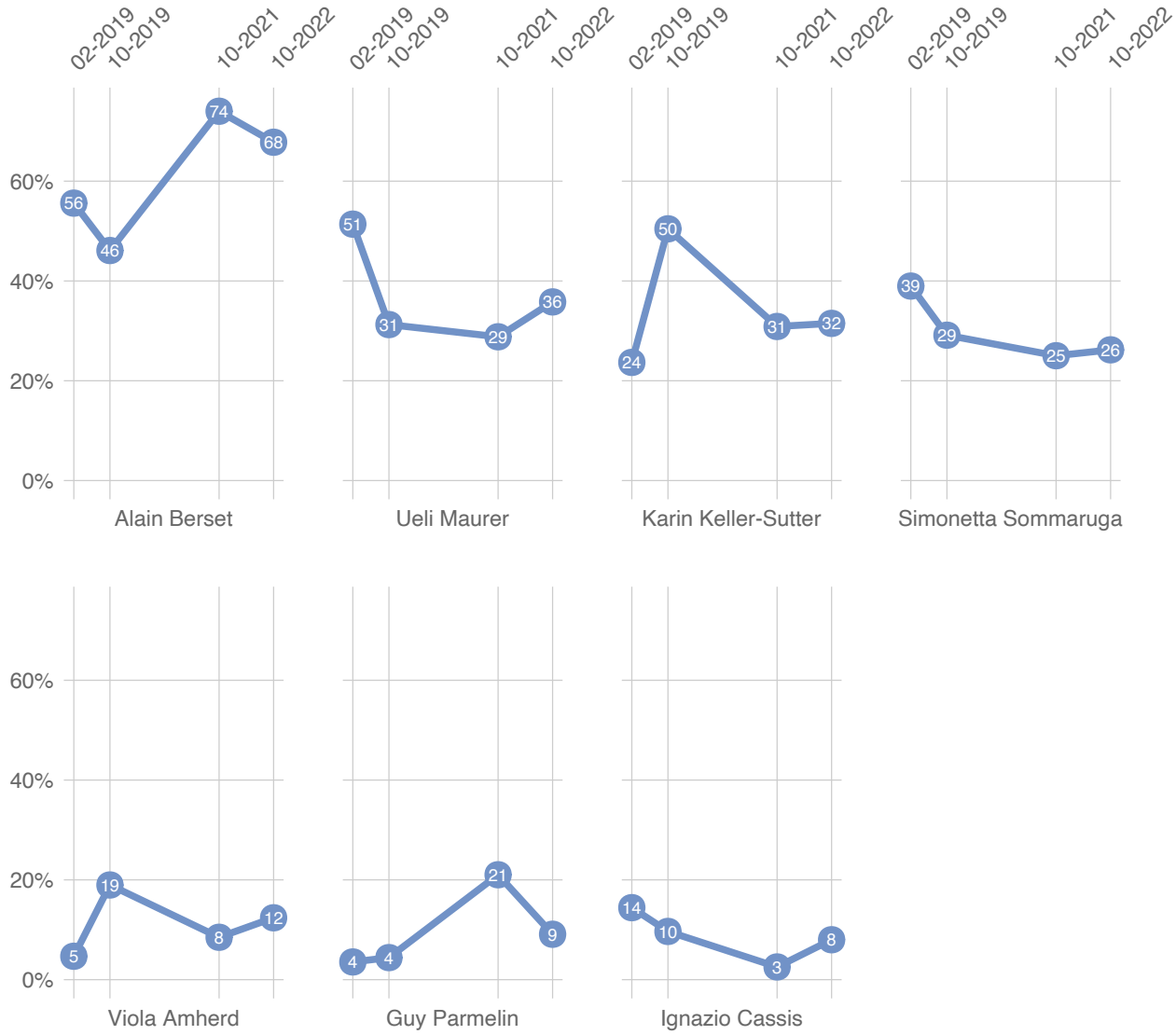
«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?» und «Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen können am wenigsten Einfluss ausüben?»



Bundesrat Alain Berset (SP) galt bereits vor Beginn der Covid-19-Pandemie als besonders einflussreiches Mitglied der Regierung. Während der Pandemie baute der Gesundheitsminister seine als einflussreich wahrgenommene Position noch einmal deutlich aus. Er konnte seinen Platz an der Spitze halten. Auch die bereits im letzten Jahr deutlich zurückgefalle Karin Keller-Sutter (FDP), die auf dem tieferen Niveau bleibt, kann ihm nicht das Wasser reichen, genau wie Simonetta Sommaruga (SP). Guy Parmelin erlebte nur anlässlich seines Präsidialjahres im letzten Jahr ein Hoch, sein wahrgenommener Einfluss ist wieder deutlich zurückgegangen. Viola Amherd (Die Mitte) konnte ihre Stellung auf tiefem Niveau leicht ausbauen, ebenso Ignazio Cassis (FDP), der nach wie vor von nur wenigen als Bundesrat mit Einfluss wahrgenommen wird. Er konnte sein Präsidialjahr nicht dahingehend nutzen, um als einflussreicher betrachtet zu werden.

Einfluss der Bundesratsmitglieder – Zeitvergleich. (Abb. 24)

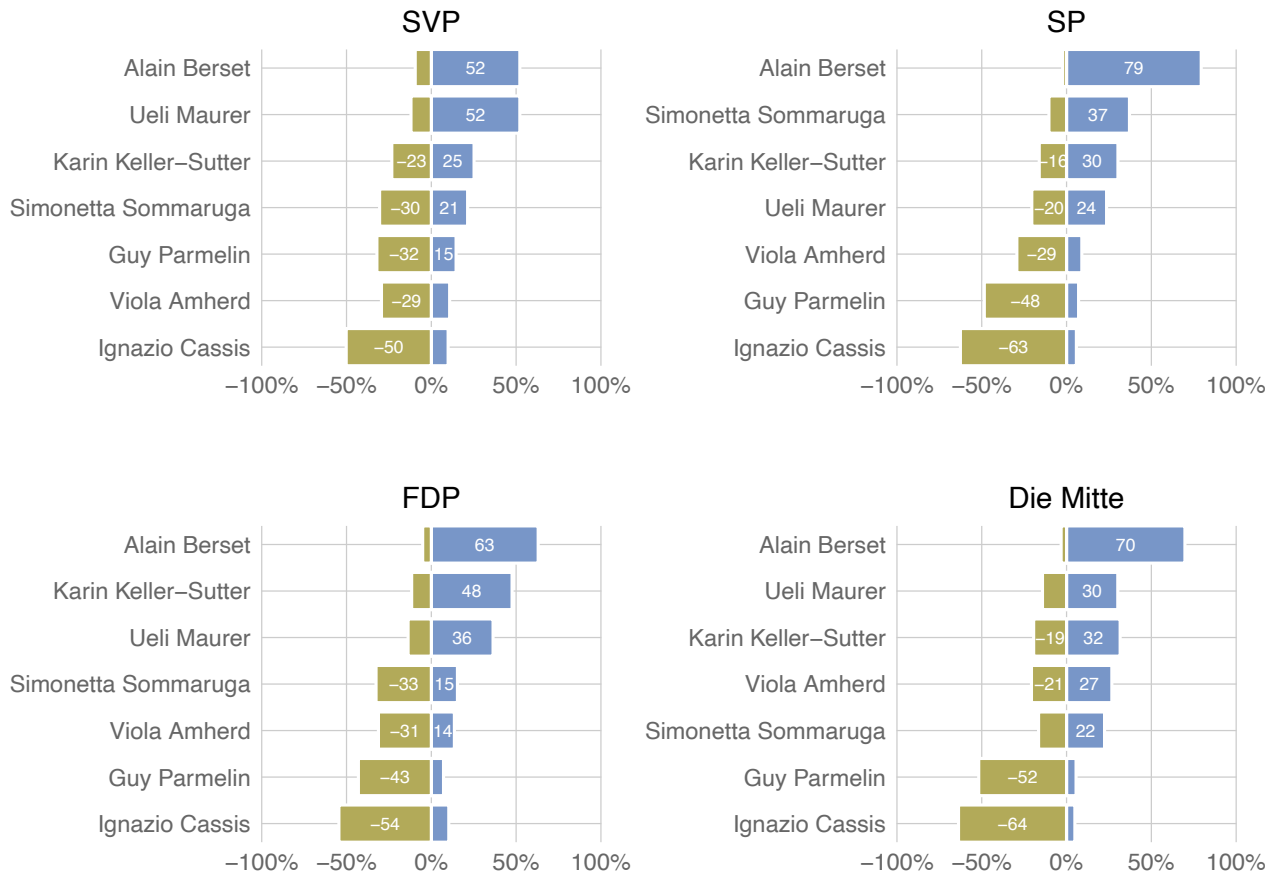
Bundesräte mit besonders grossem Einfluss. Maximal zwei Nennungen.



Die Anhängerschaften der Parteien unterscheiden sich in Vielem. Nicht jedoch in ihrer Einschätzung darüber, wer der Mächtigste im Bundesrat ist und wer am wenigsten Einfluss hat. Für die Anhängerschaften aller Parteien ist Alain Berset der Einflussreichste und Ignazio Cassis jener mit dem geringsten Einfluss.

Einfluss der Bundesratsmitglieder – nach Partei (Abb. 25)

«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?» und «Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen können am wenigsten Einfluss ausüben?»

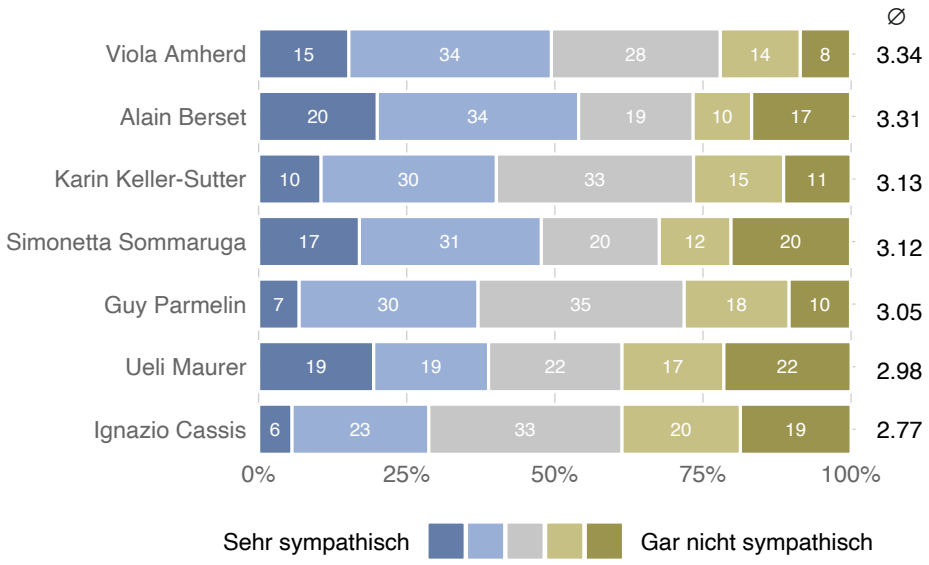


Ansonsten kommen zumindest in der Tendenz auch parteipolitische Optiken zum Ausdruck. Die Bundesräte der eigenen Partei werden zwar tendenziell als eher etwas einflussreicher eingeschätzt als vom Durchschnitt, doch der Blick durch die Parteibrille trübt das Gesamtbild dennoch nicht völlig. So sieht zwar die SVP-Wählerschaft Ueli Maurer als genauso einflussreich wie Alain Berset an, schätzt den Einfluss ihres zweiten Bundesrats Guy Parmelin aber deutlich weniger hoch ein als der von Karin Keller-Sutter oder Simonetta Sommaruga. Und auch die Wählerschaft der Mitte sieht Viola Amherd zwar im Mittelfeld, attestiert aber Alain Berset deutlich und Ueli Maurer sowie Karin Keller-Sutter etwas mehr Einfluss als der eigenen Bundesrätin.

3.3. BUNDESRAT: SYMPATHIE-RATING

Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie (Abb. 26)

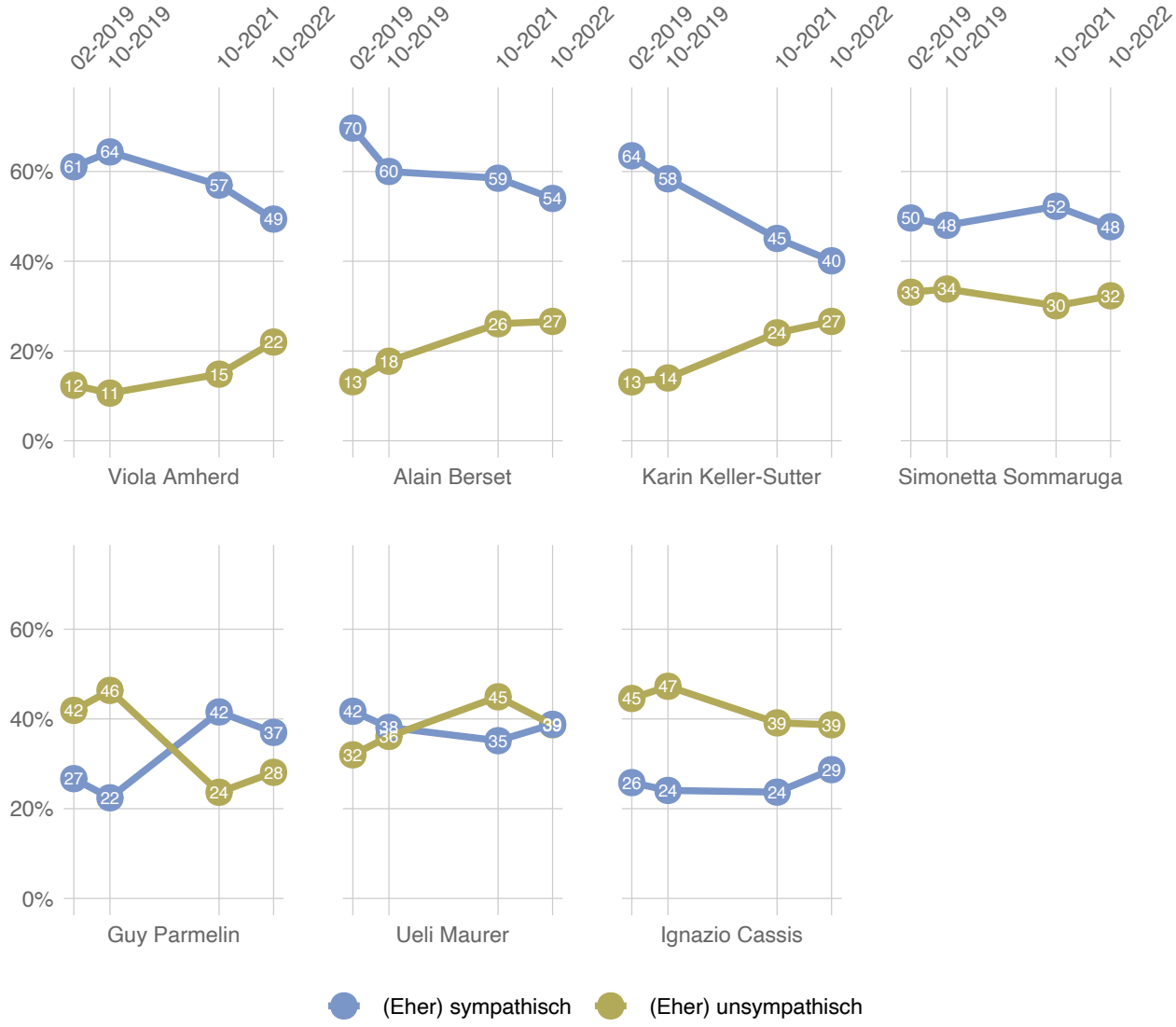
«Welche Bundesräte und Bundesrätinnen sind Ihrer Meinung nach besonders sympathisch?»



Das Sympathie-Rating bringt vermehrt die persönlichen Vorlieben der Befragten zum Ausdruck. Über alle Befragten durchschnittlich am sympathischsten wird Viola Amherd eingeschätzt. Sie erreicht diesen Platz knapp vor Alain Berset. Zwar ist der Anteil der Befragten, der Berset sympathisch findet, grösser als bei Amherd, Berset sieht sich aber zugleich mit mehr Antipathie konfrontiert als Amherd. An dritter Stelle folgt Karin Keller-Suter knapp vor Simonetta Sommaruga. Als am wenigsten sympathisch wird ingesamt Ignazio Cassis eingestuft. Der Anteil der Befragten, die ihn nicht sympathisch finden, ist allerdings gleich hoch wie bei Ueli Maurer, der aber auf der anderen Seite deutlich mehr Sympathien geniesst.

Sympathie der Bundesratsmitglieder– Zeitvergleich (Abb. 27)

Anteil sehr und eher symphytisch bzw. sehr und eher unsympathisch



Ueli Maurer und Ignazio Cassis haben im aktuellen Jahr im Vergleich mit den Vorjahren an Sympathien gewonnen. Die Sympathiewerte der anderen Bundesratsmitglieder nahmen hingegen im Vergleich mit den früheren Jahren ab und der Anteil der Befragten, die die Bundesräte als nicht sympathisch empfindet, stieg eher etwas an. Das Hoch, das Guy Parmelin in seinem Präsidialjahr erlebte, flachte deutlich ab. Die verschiedenen öffentlichen Aufreger, die Alain Berset im Sommer 2022 begleiteten, scheinen ihre negative Wirkung bereits wieder eingebüsst zu haben.

Profil der Wählenden

Wer setzt sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? Im folgenden Kapitel wird das Profil der Parteianhängerschaften unter die Lupe genommen. Das stabile Parteiengefüge der Schweiz bringt es mit sich, dass sich bei der aktuellen Wahlabsicht auch in soziodemographischer Hinsicht stabile Muster zeigen. Dennoch sind einige Auffälligkeiten festzustellen, die im Einklang stehen mit den ausgewiesenen Veränderungen in Bezug auf den Wahlentscheid.

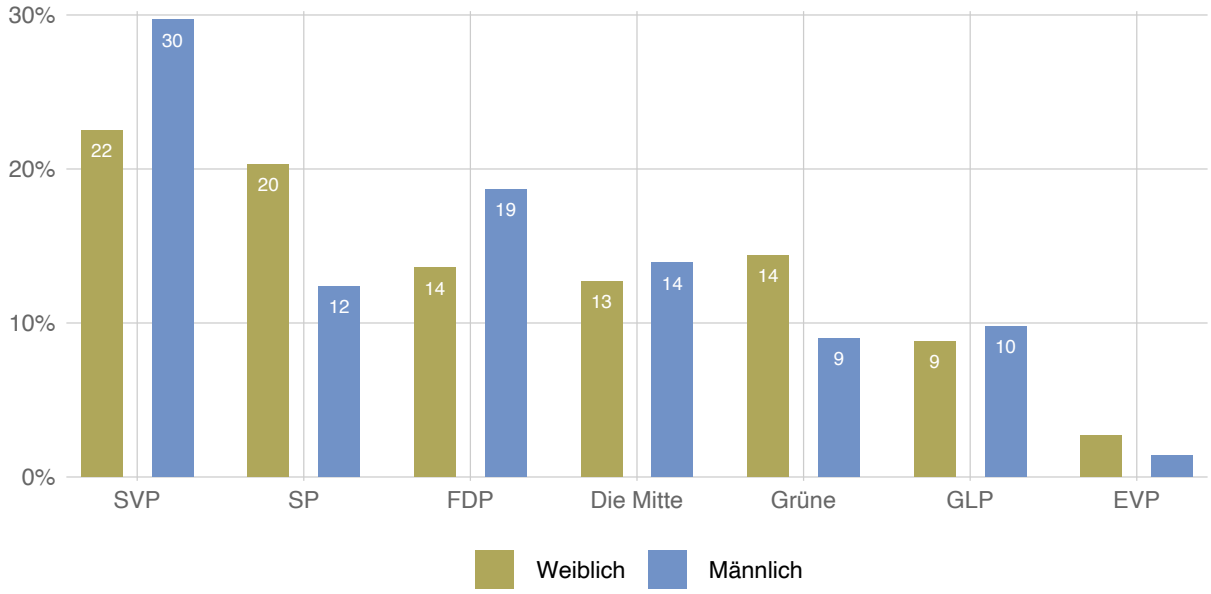
4.1. DEMOGRAPHIE: GESCHLECHT UND ALTER

Die Mitte und die GLP werden zu fast gleichen Teilen von Männern und Frauen unterstützt, während dies sowohl bei links wie rechts der Mitte stehenden Parteien nicht zutrifft. Abbildung 28 zeigt, dass Männer eher geneigt sind, Parteien des rechten Spektrums wählen, während Frauen eher dazu tendieren, die Parteien auf der linken Seite bzw. in der politischen Mitte zu unterstützen. Knapp dreissig Prozent der Männer würden heute die SVP wählen und 19 Prozent die FDP, d.h. die Hälfte der männlichen Wählerschaft unterstützt eine Partei, die deutlich rechts der Mitte angesiedelt ist. 21 Prozent der Männer würden linksgrün wählen, gleich viele eine Partei in der politischen Mitte.

Von den Wählerinnen ist würden 36 Prozent rechts der Mitte und 34 Prozent eine Partei des links-grünen Spektrums wählen, rund 30 Prozent eine Zentrumspartei.

Wähleranteile nach aktueller Wahlabsicht – Nach Geschlecht (Abb. 28)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



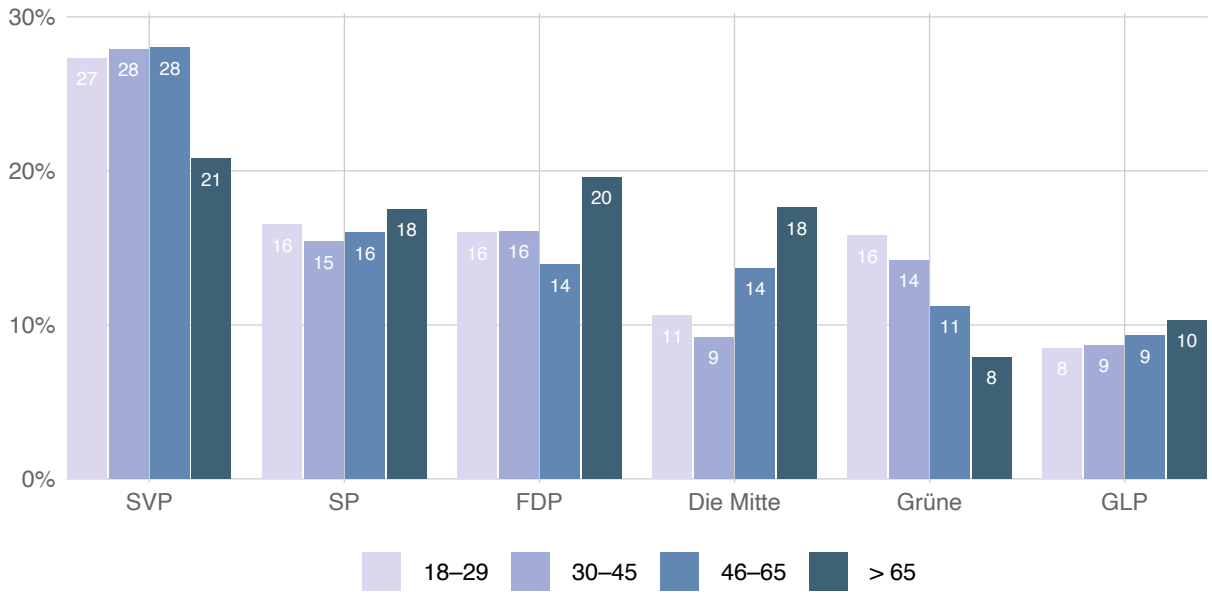
Die traditionellen Parteien der Schweiz, die Mitte und die FDP, sind die Parteien, die von älteren Wähler:innen wesentlich mehr unterstützt werden als von jüngeren. Die Mitte hat einen fast doppelt so grossen Wähleranteil bei Personen über 66 als bei den unter dreissig Jährigen. Genau umgekehrt zeigt sich das Bild bei den Grünen. Die Partei behält ihre Attraktivität für junge Wählersegmente, sie hat doppelt so viele Unterstützer:innen unter dreissig als im Rentenalter.

Die GLP und die SP haben zur Zeit in allen Altersgruppen einen ungefähr gleich hohen Wähleranteil, allerdings auch mit einer leichten Tendenz zu älteren Wählersegmenten.

Veränderungen zu früheren Jahren zeigen sich bei der SVP. Die SVP ist weniger attraktiv für älteren Wählende im Vergleich zu früheren Jahren, aber dafür legt fast jede dritte Person unter 65 eine SVP-Liste in die Urne.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Alter (Abb. 29)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



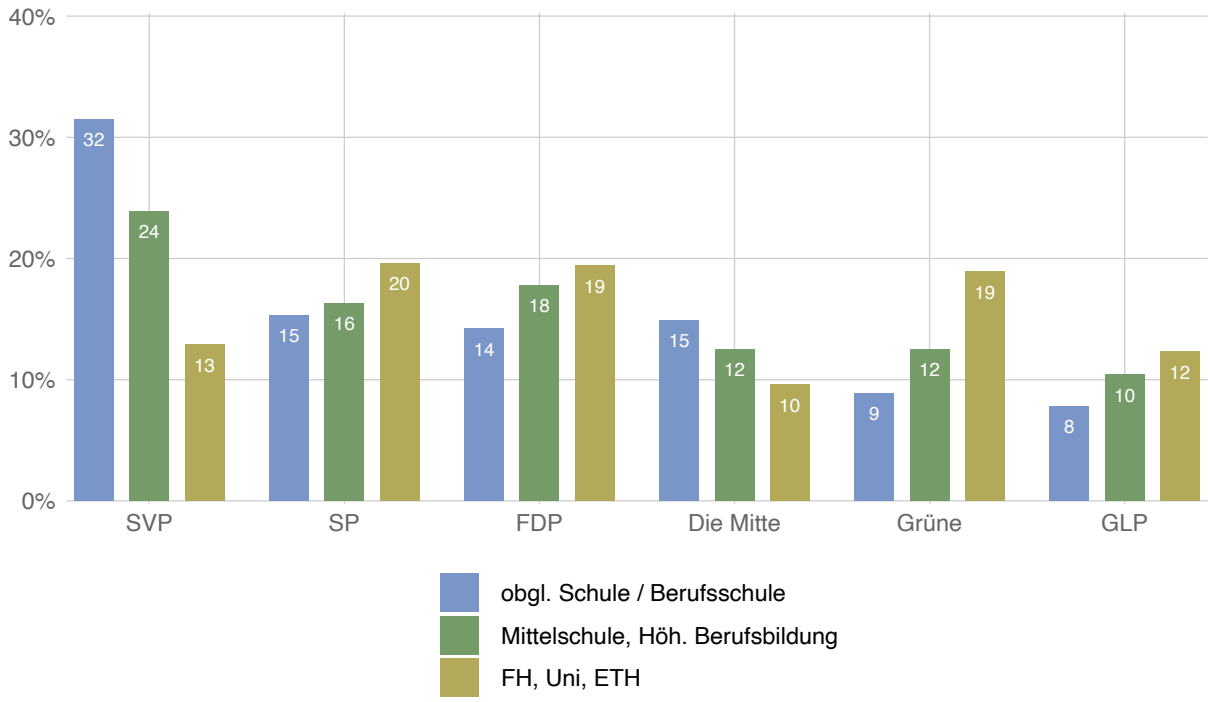
4.2. SOZIALE SCHICHTUNG: BILDUNG UND EINKOMMEN

Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen sind die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung. Die Auswertung der Profile der einzelnen Wählerschaften zeigt, dass diese beiden Merkmale zwischen den einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind.

Wie Abbildung 30 zeigt, ist die Verteilung nach Bildungsniveau bei der Mitte und der SVP gleich und beide Parteien weisen einen viel grösseren Anteil an Wählenden mit tieferer Bildung aus als mit höherer Bildung. Umgekehrt ist es bei der Wählerschaft der GLP, der FDP und der SP sowie am ausgeprägtesten bei den Grünen, denn unter ihren Parteiwählerschaften sind Personen mit höheren Bildungsabschlüssen deutlich übervertreten.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Bildungsabschluss (Abb. 30)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



Aufgeschlüsselt nach Einkommensgruppen, zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede in der Zusammensetzung der einzelnen Parteiwählerschaften und auch einige auffällige Veränderungen in Vergleich mit dem letztjährigen Wahlbarometer.

Ein Viertel der Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 10’000 Franken, wählt FDP, gut zwanzig Prozent wählt SVP. Fast die Hälfte der sehr gut verdienenden Personen in der Schweiz geben ihre Stimme einer Partei aus dem rechts-bürgerlichen Spektrum.

Während die SVP aber auch bei den Wählenden der tiefsten Einkommensklasse mit einem Wähleranteil von 30 Prozent die klare Nummer eins ist, ist das für die FDP nicht der Fall. Weniger als jede zehnte Person mit einem Einkommen von unter 4’000 Franken wählt die FDP. Auch die Mitte und die GLP werden nur von wenigen Wählenden mit tiefem Einkommen gewählt. Wählerinnen und Wähler, die wenig verdienen, entscheiden sich – wenn

nicht für die SVP – denn auch vor allem für die SP und die Grünen.

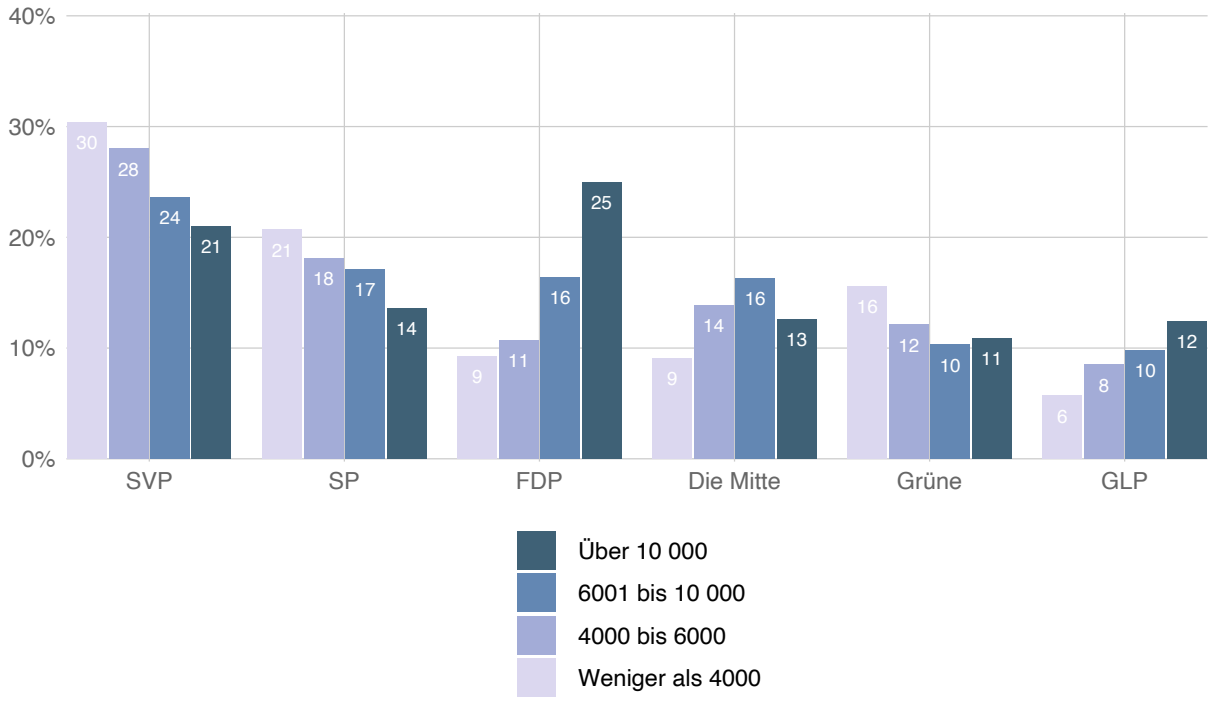
Dass sich die Einkommensstruktur der Wählerschaften der SVP, SP und Grüne angeglichen hat, ist auch ein Spiegel der im vorliegenden Wahlbarometer in Kapitel 2.2 ausgeführten Erkenntnissen zur Wichtigkeit der einzelnen politischen Herausforderungen nach Wählerschaft. Tiefere Einkommensschichten sind wesentlich stärker tangiert von stark steigenden Lebenshaltungskosten als besser Verdienende.

Bei der Wählerschaft der SVP, der FDP und der GLP widerspiegelt sich das Bildungsniveau in der Einkommensverteilung, allerdings mit gegenläufigen Vorzeichen. Die SVP hat in ihrer Anhängerschaft einen höheren Anteil an wenig gut Ausgebildeten und auch an wenig Verdienenden, während bei der FDP und der GLP sowohl gut ausgebildete wie gut verdienende Personen anzutreffen sind. Bei der SP und den Grünen ist gerade umgekehrt ist. Sie hat eine Wählerschaft, die sich relativ ausgeglichen auf alle Bildungsmilieus verteilt, aber überdurchschnittlich viele Gutverdienende in ihren Reihen. Und unter der GLP-Wählerschaft sind viele überdurchschnittlich Gebildete und gut Verdienende anzutreffen.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Schere zwischen Bildung und Einkommen im rotgrünen Lager am stärksten auseinanderdriftet. Die Wählerschaft der SP und der Grünen weist mehr überdurchschnittlich Gebildete als wenig gut ausgebildete Personen aus, viele ihrer Wählerinnen und Wählern gehören jedoch auch den unteren Einkommensklasse an, vor allem bei den Grünen Dies ist damit zu erklären, dass es sich bei der Wählerschaft der Grünen um eine besonders junge Wählerschaft handelt und dass auch die postmateriell orientierten Personen, die gar kein hohes Einkommen anstreben, bei ihnen überdurchschnittlich vertreten sind.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen (Abb. 31)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



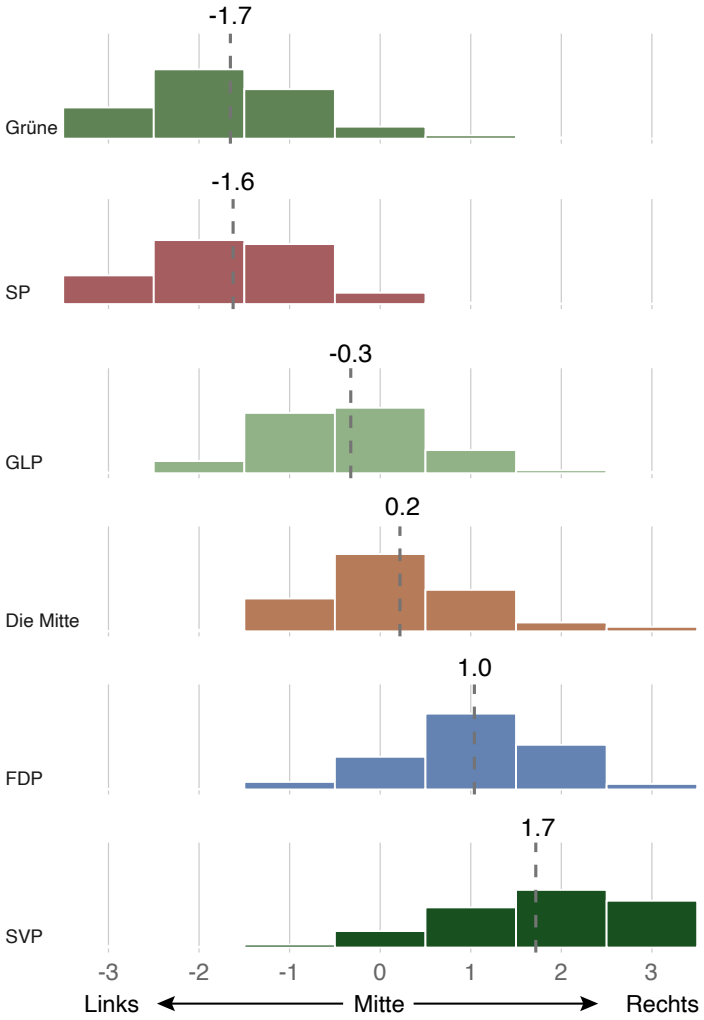
4.3. SELBSTPOSITIONIERUNG AUF DER LINKS-RECHTS-ACHSE

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Abbildung 32 zeigt das politische Profil der Wählerschaft der einzelnen Parteien. Fast identisch fällt die Selbstpositionierung der Wählerschaft der Grünen und der SP aus. Im Spektrum zwischen links (-3) und rechts (+3) positioniert sich die Basis der Grünen bei -1,7, die der SP bei -1,6. Die Anhängerschaft der GLP ist mit -0,3 ganz leicht links der Mitte positioniert, während die Mitte mit +0,2 ganz wenig rechts der Mitte angesiedelt ist. Klar rechts der Mitte befindet sich die Wählerschaft der FDP. Ihre mittlere Position liegt bei 1,0. Die FDP hat einen leichten Rechtsrutsch erlebt und unterscheidet sich dadurch heute stärker von der ehemaligen CVP und der BDP bzw. der Mitte als von der

SVP-Wählerschaft. Diese ist mit 1.7 die Partei, die am weitesten rechts im politischen Spektrum der Schweiz zu verorten ist.

Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum (Abb. 32)

«Wo würden Sie sich auf einer Skala zwischen «links» und «rechts» einstufen?»



Datenerhebung und Methode

Die Datenerhebung des SRG SSR Wahlbarometers fand zwischen dem 26. September und dem 7. Oktober 2022 statt. Die Befragung erfolgte online, die Teilnehmenden wurden einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von Sotomo rekrutiert. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 21‘038 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden (Deutschschweiz: 17‘460, Franz. Schweiz: 3036, Ital. Schweiz: 542).

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (Iterative Proportional Fitting). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,3 Prozentpunkten.